

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: Polen und Danzig: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 3.50 zl. mit Zufüllgeld 3.80 zl. Bei Postbezug monatl. 3.89 zl. vierteljährlich 11.66 zl. Unter Streifband monatl. 7.50 zl. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 3594 und 3595.

Anzeigenpreis: Polen und Danzig die einspaltige Millimeterzeile 15 gr. die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr. Deutschland 10 bzw. 70 gr. übriges Ausland 50% Aufschlag. — Bei Blätter vorricht u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Übereilung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Öffertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Blättern wird keine Gewähr übernommen. Postleistungskosten: Polen 202157. Danzig 2528. Stettin 1847.

Nr. 21

Bromberg, Mittwoch, den 27. Januar 1937.

61. Jahrg.

Drei Jahre deutsch-polnischer Vertrag.

Am 26. Januar 1934

wurde der deutsch-polnische Zehnjahres-Pakt geschlossen, der für die Welt eine Sensation, für die Republik Polen aber ebenso wie für das Nationalsozialistische Deutschland der Beginn einer aktiven Außenpolitik im Sinne des Friedens war. Aus Anlaß dieses Erinnerungstages veröffentlicht die "Gazeta Polska" einen Leitartikel, aus der Feder ihres Berliner Korrespondenten Kazimierz Smogorzewski, in dem dieser die große und mutige Entscheidung der Staatsmänner der beiden Länder würdigt.

Einleitend wird hervorgehoben, daß in der Geschichte der Völker drei Jahre eine sehr kurze Zeitspanne seien. Sie hätten aber genügt, um den Entschluß der beiden Völkerführer durch die beiden interessierten Volksgemeinschaften anzunehmen und moralisch ratifizieren zu lassen. Der Artikel erinnert dann an die Rede, in der der polnische Außenminister Beck vor dem Auswärtigen Ausschuß des Senats am 18. Dezember 1936 die Überzeugung zum Ausdruck brachte, „daß der große und mutvolle Entschluß zu einer freundlichen Gestaltung der Beziehungen zwischen Polen und dem Deutschen Reich sowohl für die direkten Interessen unseres Landes als auch im Gesamtkomplex der Verhältnisse auf dem europäischen Kontinent weiterhin seinen Wert behält“. In diesem Zusammenhang betont Smogorzewski, daß die Normalisierung der polnisch-deutschen Beziehungen einen für beide Partner günstigen Zustand geschaffen hätte.

Die Ansicht, daß alles, was dem einen schadet, dem andern hilft, sei als absurd erkannt worden. Man habe sich im Gegen teil gesagt, daß die Verbindung längs der Grenzen und die Entspannung der Atmosphäre zwischen den beiden Völkern wirksam die Politik der beiden Großmächte entlaste. Der europäische Friede sei ebenfalls in der bis dahin als sehr neuralgisch anerkannten Zone gestärkt worden, und nur die Tatsache, daß an der polnisch-deutschen Spannung niemand mehr verdiene, sowie die spezifischen Konzeptionen des "kollektiven Sicherheitssystems" seien die Ursache schlechten Humors und des mühsamen Suchens nach "getarnten" Gründen für die Unterzeichnung der Erklärung vom 26. Januar 1934 gewesen. Auch heute würden aus denselben Beweggründen manchmal Krokodilstränen über das Schicksal Polens vergossen. Doch niemand dürfe Polen Patriotismus beibringen.

Nach einem kurzen geschichtlichen Rückblick über die Teilungen Polens und den Friedensvertrag von Versailles meint der Verfasser, daß die neu gezogenen deutsch-polnischen Grenzen einen Kompromiß zwischen zwei Expansionen darstellen. Sie bilden ein Gleichgewicht, das solange erhalten werden könne, bis nicht irgendeine Unternehmungslust es in Frage stellt. Jeder Versuch, Polen von der Ostsee zu entfernen, müßte mit dem Bestreben beantwortet werden, Polens Stützpunkt am Meer zu erweitern. Und umgekehrt... Die Staatsmänner, die um die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen korrekten Beziehungen zwischen Polen und Deutschland besorgt seien, um Beziehungen, die einem freundlichen Zusammensein der beiden Völker den Weg bahnen, diese Staatsmänner müßten darüber wachen, daß es nicht eine Aktion gäbe, die mit einer Gegenaktion beantwortet werden müßte.

In den reichsdeutschen Lichtspielhäusern läuft gegenwärtig unter großer Begeisterung von Presse und Publikum der polnische Revolutionsfilm "Ritt in die Freiheit". Er ist einer der besten deutschen Filme und übertrifft in technischer Vollendung und verbreiternder Begeisterung für den polnischen Heroismus im Aufstandsjahr 1830 bei weitem die deutschen "Polenlieder" jener Zeit. Die deutsche "Ufa" hat den Film bei Ostrolenka gedreht, und wenn auch eine polnische Ulanenschwadron die blutmäßige Verbindung mit den Revolutionären gegen den "Herrnbar" auf der Leinwand erhält, so sind doch die Hauptdarsteller Deutsche, an ihrer Spitze Willy Virgel aus Bielitz, ein Deutscher aus Polen. Auch das kann man als Symbol hinnehmen.

Wenn Herr Smogorzewski am Vorabend des dreijährigen Geburtstages des deutsch-polnischen Zehnjahrespaktes die schone Behauptung aufstellt, daß dieser Pakt von den Volksgemeinschaften bereits ratifiziert sei, so mag das glaubhaft erscheinen, wenn er sich auf deutscher Seite im Ufa-Palast im Zonen-deutschen Meisterfilm zur Verherrlichung polnischer Freiheitsliebe angesehen hat.

Das Gegenstück auf polnischer Seite steht noch aus. Wir machen der polnischen Filmindustrie, die schon heute manches Gute versprechen läßt, keinen Vorwurf, weil sie noch keinen Tonfilm über die deutschen Freiheitskriege von 1813 gedreht hat; aber wir müssen doch feststellen, daß stimmgemäßig zwischen hüben und drüben gegenüber dem Zehnjahres-Pakt und seinem inneren Gehalt ein gewaltiger Unterschied aufzuzeigen ist.

Es ist ein kleines Ereignis, aber es ist in diesem Zusammenhang bedeutsam: die Katowitzer "Polonia" und der Bromberger "Dziennik Bydgoski" regten sich noch gestern darüber auf, daß die deutschen Zeitungen in Polen noch immer die deutschen Bezeichnungen ihres Erscheinungsortes führen und fordern die Polizeibehörden auf, dagegen einzuschreiten. Dabei weiß der "Dziennik Bydgoski" sehr wohl,

Danziger Frage erst am Dienstag vor dem Rat. Man erhofft eine Entspannung der Lage.

Wie die polnischen Blätter aus Genf berichten, dürfte angesichts der schwierigen Genfer Maschinerie die Erledigung der Danziger Frage vor dem Rat am Dienstag oder Mittwoch erfolgen. Das Dreier-Komitee hat am Sonnabend den Bericht des polnischen Außenministers Beck, den der Völkerbund bekanntlich mit dem Versuch eines Ausgleichs des Konflikts zwischen der Freien Stadt Danzig und dem Völkerbund beauftragt hatte, studiert, worauf die polnischen und die englischen Sachverständigen zusammentraten, um den endgültigen Text des Rapports für den Völkerbund vorzubereiten.

Man nimmt an, daß es noch etwa zwei Tage dauern wird, ehe die ganze Angelegenheit sprudelt und namentlich auch eine Übereinstimmung in der Frage des Völkerbundkommissars für Danzig erzielt werden wird. In Warschau wird angenommen, daß die ganze Angelegenheit mit Rücksicht auf die günstige Atmosphäre, in der die Unterredungen bis jetzt geführt worden sind, reibungslos und ohne Aufsehen zu erregen, vereinigt werden dürfen.

Auch in Genf erhofft man, wie die Isra-Agentur meldet, eine Entspannung in der Danziger Frage. Die Tatsache, daß Senatspräsident Greiser in Genf anwesend und bereit ist, am Beratungstisch des Völkerbundsrats teilzunehmen, ferner sein Treuebekenntnis zum internationalen Danziger Statut seien, so heißt es in dieser Meldung weiter, die äußeren Merkmale der Entspannung, zu der in erster Linie die positiven Ergebnisse der Verhandlungen beigetragen hätten, die in Danzig durch die Vertreter der polnischen Regierung, als der Beauftragten des Völkerbundes, geführt worden sind. Die Annahme des Danziger Vertrags durch den Völkerbundrat werde die formelle Anerkennung bedeuten,

dass Polen den ihm übertragenen Auftrag erfüllt hat.

Die Ernennung des neuen Völkerbundkommissars werde einen Abschnitt in der Geschichte des Verhältnisses der Freien Stadt Danzig mit dem Völkerbund abschließen, der durch die bekannte Missstufe zwischen dem Danziger Senat und dem Völkerbundkommissar Lester eingeleitet wurde.

Die englische Delegation dementiert.

Über die in der Danziger Frage in Genf geführten Gespräche und Verhandlungen wurden am Freitag und Sonnabend in Paris und London die verschiedensten Gerüchte verbreitet. U. a. hiess es,

dass zwischen Deutschland und Polen ein Abkommen über Danzig abgeschlossen worden sein soll, wonach sich beide Mächte verpflichten, keinen Beschluss des Völkerbundsrats oder seiner Kommissionen über Danzig anzuerkennen.

Ferner teilten die Londoner Blätter mit, Edén hätte mit dem polnischen Außenminister Beck in Genf eine sehr erregte Unterredung darüber gehabt, wobei Edén in völlig "undiplomatischer Deutlichkeit" seinen Standpunkt ausdrücklich verliehen habe. Demgegenüber stellt die englische Delegation offiziell fest, daß die Informationen über eine "stürmische Konferenz zwischen Beck und Edén" nicht der Wahrheit entsprechen. Der Charakter der Unterredung der beiden Minister sei besonders freundlich gewesen. Auch die Vorbehalte, die Edén angeblich gemacht haben soll und unter denen in erster Linie der Wunsch genannt wird, keinen neuen Völkerbundkommissar für Danzig zu ernennen, werden in dieser offiziellen Erklärung entschieden in Abrede gestellt.

Greiser erwartet glatte Abwicklung.

Präsident Greiser äußerte sich in einer Unterredung mit einem Vertreter des "Daily Telegraph" über seine Erwartungen, die er für die Erledigung der Danziger Punkte

dass er in preußischer Zeit in "Bydgoszcz" erscheinen könnte, daß der Name "Bromberg" unserer Stadt von einem der größten polnischen Könige verliehen wurde, und daß heute niemand im Reich daran Anstoß nimmt, wenn die "Gazeta Olsztyńska" in "Olsztyn" und nicht in "Allenstein" erscheint.

Wir sind gewiß, daß bei einem Nachdenken jeder klar denkende Pole den eben bezeichneten Vorwurf zurücknehmen würde, aber daß man noch heute ohne jedes Nachdenken derart unsachliche Anliegen vorbringt, das sieht nicht nach einem "Ritt in die Freiheit" aus. Wir klagen nicht darüber, aber wir müssen über alle wesentlichen Behinderungen unseres völkischen Lebens, vor allem auch unserer Schule, klagen, die eben auf dem leidigen Umstände beruhen, daß der Zehnjahrespakt von der polnischen Volksgemeinschaft noch nicht ratifiziert wurde.

Diese Einschränkung berührt im übrigen unsere Zustimmung zu dem Geburtstagsgruß des Herrn Kazimierz Smogorzewski nicht. Außenpolitisch gesehen war der Vertrag für beide Seiten ein großer Erfolg. Außenpolitisch wird er auf beiden Seiten gehalten.

Das Kind ist noch jung; es soll länger leben als zehn Jahre, und es kann dabei auch an inneren Werten einen Ausgleich finden, den wir erhoffen, der unser Leben leichter und fruchtbarer gestalten kann. Deshalb danken wir heute dem Führer und dem verewigten Marschall für diese Tat!

holt. Er hofft, daß auf der Grundlage der Danziger-polnischen Einigungsvereinbarung mit Edén eine glatte Entspannung ohne Abwicklung der Danziger Angelegenheit zu erzielen sein wird. Präsident Greiser betonte, daß man vom Danziger Standpunkt nichts gegen die Ernennung eines Völkerbundkommissars einzuwenden habe. Der Widerstand Danzigs habe sich nur gegen die Person des letzten Kommissars gerichtet. Der Präsident erklärte, daß Danzig damit rechnet, daß der neue Kommissar sich nicht in die innenpolitischen Angelegenheiten einmischt. Auf die Frage, ob Greiser im Laufe der bevorstehenden Sitzung das Wort nehmen werde, antwortete dieser, daß das davon abhängig sei, ob etwa andere Ratsmitglieder in einer Weise in die Verhandlung eingreifen würden, die eine Erwidern erforderlich mache.

Ein bedeutender Schritt vorwärts.

Wie die Polnische Telegraphen-Agentur aus Genf meldet, beschäftigte sich das Dreier-Komitee auch am Montag vormittag unter Teilnahme des Ministers Beck mit der Danziger Frage. Im Laufe der Beratungen wurde festgestellt, daß man in dieser Frage einen bedeutenden Schritt vorwärts gemacht habe. Am Nachmittag wurden die Verhandlungen des Dreier-Komitees fortgesetzt.

Grundsätzliche Einigung

in der Alexandrette-Frage.

Die Vertreter Frankreichs und der Türkei haben im Beisein des schwedischen Außenministers am Sonnabend abend eine mehrstündige Besprechung abgehalten, in der, wie verlautet, eine grundsätzliche Einigung über das Schicksal des Sandjak erzielt worden ist. Danach soll das Gebiet von Alexandrette und Antiochia im Rahmen des Syrischen Staates völlig verwaltungsmäßige Autonomie unter der Garantie des Völkerbundes erhalten. Die juristischen Einzelheiten dieses Planes sollen abzuarbeiten werden.

Das Rohstoff-Problem.

Beck Vorschläge an den Rat.

Das Deutsche Nachrichten-Bureau meldet aus Genf: Der Bericht des polnischen Außenministers über die Einsetzung eines Studien-Ausschusses für die Rohstofffrage ist am Montag im Parlament veröffentlicht worden. Außer den bereits gemeldeten Gedanken seien aus dem Parlament noch folgende wesentliche Punkte hervorgehoben.

Der Berichterstatter bemerkte zunächst, daß die Londoner Währungs- und Wirtschaftskonferenz dieses Problems lediglich von der Frage der damals schwankenden Rohstoffpreise her erörtert habe. Es wird dann auf die Auflösungen verwiesen, die der damalige englische Außenminister Sir Samuel Hoare im September 1935 machte, sowie auf die Entscheidung der Völkerbundversammlung im Jahre 1936, worin erklärt wurde, daß der Augenblick gekommen sei, um eine Erörterung und eine Untersuchung darüber mit Nutzen in Angriff zu nehmen, wie alle Länder auf gleicher Basis für ihren Handel Zutritt zu gewissen Rohstoffen erhalten können.

Der polnische Berichterstatter weist darauf hin, daß sich die Lage seit den Anregungen Sir Samuel Hoares nicht verbessert habe, im Gegenteil habe das Problem der Rohstoffversorgung, das abwechselnd mit Kolonial-, Einwanderungs-, Handels- und Währungsfragen und mit der Sorge um nationale Verteidigung und Prestige vermengt und verwechselt worden sei, zu lebhaften polemischen Anlässen gegeben.

Deswegen sei es wichtig, daß ein unparteiisches und sachverständiges Organ unverzüglich auf wirtschaftlichem Gebiet die von der letzten Versammlung angeordnete Untersuchung vornehme, d. h., daß der Rat jetzt die vorgelegene Kommission bilde, die die Auswahl der zu behandelnden Rohstoffe nach dem Willen der Versammlung überlassen bleibe. Es sei notwendig, in diese Kommission Staatsangehörige der wichtigsten Länder einzunehmen, die sich hinsichtlich der Rohstoff-Frage in verschiedener Lage befinden.

Beck schlägt vor, diese Kommission als eine "Zentralgruppe" zu betrachten, die vor allem die großen Vorräte des Problems herauszustellen und gründlich zu erörtern haben werde. Später könne die Kommission dann zweifellos dazu kommen, verschiedene Seiten des allgemeinen Problems getrennt zu behandeln oder auch den einen oder anderen Rohstoff von grundlegender Bedeutung auf Erzeugung und Handel hin zu untersuchen.

Zum Schluss erklärt der Berichterstatter, daß in gewissen Fragen die Mitarbeit aller Mitglieder und Nichtmitglieder des Völkerbundes erwünscht sei.

Hier kämen hauptsächlich Deutschland, Brasilien, die Vereinigten Staaten und Japan in Frage.

Die Mitarbeit amerikanischer und japanischer Sachverständiger sei bereits durch deren Mitgliedschaft im Wirtschaftskomitee gesichert. Auch werde ein brasilianischer Sachverständiger mitarbeiten. Der Rat werde sicherlich bereit sein, den Generalsekretär des Völkerbundes aufzufordern, Sitzungen zu unternehmen, um die Mitarbeit eines deutschen Sachverständigen zu erlangen.

Deutschlands und Italiens Antwortnoten an England überreicht.

„Alle beteiligten Mächte sollen endlich Ernst machen.“

Das Deutsche Nachrichtenbureau meldet aus Berlin:

Die Reichsregierung hat am Montag mittag dem britischen Botschafter in Berlin, Sir Eric Phipps, die deutsche Antwortnote auf die letzte englische Note in der Freiwilligenfrage überreichen lassen. Die Note hat folgenden Wortlaut:

1. Die Deutsche Regierung hat mit Genugtuung davon Kenntnis genommen, daß nach Ansicht der Königlich Britischen Regierung die hauptbeteiligten Mächte nunmehr über die Notwendigkeit sofortiger Maßnahmen zur Verhinderung des Zustroms von Freiwilligen nach Spanien einig sind und daß ferner auch grundätzliches Einverständnis darüber besteht, daß diese Maßnahmen von allen beteiligten Regierungen gleichzeitig getroffen werden, daß das Gesamtproblem der indirekten Formen der Einmischung in Spanien eine aktive Behandlung erfährt und ein wirksames Kontrollsystem eingesetzt wird. Damit würden die Voraussetzungen erfüllt sein, von denen die Deutsche Regierung in der Note vom 7. Januar ihre Bereitwilligkeit zur Anordnung der von ihr zu treffenden Maßnahmen abhängig gemacht hat.

2. Unter diesen Umständen hat die Deutsche Regierung bereits ein Gesetz vorbereitet, das die Einreise von deutschen Staatsangehörigen nach Spanien zur Teilnahme am Bürgerkrieg, sowie die Anwerbung von Personen zu diesem Zweck unter Strafandrohung verbietet und ferner die notwendigen Verwaltungsmaßnahmen in Aussicht nehmen würde, um die Ausreise und Durchreise aller Personen zu verhindern, die sich zur Teilnahme am Bürgerkrieg nach Spanien begeben wollen.

Es wird sich empfehlen, daß der Londoner Nichteinmischungsausschuss sofort die Übereinstimmung aller beteiligten Regierungen über den wesentlichen Inhalt der von ihnen zu treffenden Maßnahmen, über den Zeitpunkt ihrer Inkraftsetzung sowie endlich über die Grundlinien des eingesetzten Kontrollsystems feststellt. Sobald diese Feststellung erfolgt ist, wird die Deutsche Regierung unverzüglich das erforderliche wegen der von ihr zu treffenden Maßnahmen veranlassen.

3. Was die

Durchführung der Kontrolle

aufzeigt, so liegen der Deutschen Regierung, und zwar zum Teil erst seit wenigen Tagen, eine Reihe von Entwürfen des Londoner Ausschusses vor, deren Prüfung sie möglichst beschleunigen wird. Sie behält sich vor, durch ihre Vertreter dem Londoner Ausschuss das Ergebnis dieser Prüfung so bald als möglich mitzuteilen und dabei gegebenenfalls auch ergänzende Vorschläge zu machen.

4. Die Königlich-Britische Regierung hat sich bisher leider noch nicht zu dem in der Note vom 7. Januar gemachten Vorschlag der Deutschen Regierung geäußert, alle nichtspanischen Teilnehmer an den Kämpfen in Spanien einschließlich der politischen Agitatoren und Propagandisten aus Spanien zu entfernen, um so den Zustand vom August vorigen Jahres wiederherzustellen.

Die Deutsche Regierung legt auf diese Vorschläge nach wie vor besonderen Wert. Sie hat die erste Befürchtung, daß es nach den ganzen bereits in der Note vom 7. Januar geschilderten Entwicklung der Dinge zu einer einseitigen, dem Sturm der Nichteinmischungspolitik zuwiderlaufenden Begünstigung der der Nationalen Spanischen Regierung im Kampfe gegenüberstehenden Elementen führen wird, wenn die Mächte den Zustrom von Freiwilligen nur für die Zukunft verhindern, sich aber damit absind, die bereits in Spanien befindlichen und fremden Teilnehmer am Bürgerkrieg dort zu belassen. Es erscheint der Deutschen Regierung als das Gebot der Stunde, daß alle beteiligten Mächte jetzt endlich Ernst machen, jede Möglichkeit einer Einmischung in Spanien zu unterbinden. Wenn sie dazu entschlossen sind, werden sie auch Mittel und Wege finden, um den erwähnten Vorschlag der Deutschen Regierung zu verwirken.

Italiens gleichlautende Forderungen.

Am Montag vormittag hat auch der italienische Außenminister Graf Ciano der Englischen Botschaft in Rom die italienische Antwort auf das englische Memorandum vom 11. Januar über die Frage der Nichteinmischung in Spanien und im besonderen die Frage der Freiwilligen anzustellen lassen.

Weiteres zur deutschen Familiensforschung.

Von A. Löttermann.

Es sollen hier zunächst einige neuerschienene oder bald zu erwartende Hilfsmittel für die erfreulicherweise immer weitere Kreise erfassende deutsche Familiensforschung in Polen genannt werden. In verschiedenen Kalendern für 1937 sind ganz kurze Anweisungen: Wie beginne ich mit der Sippensforschung? erschienen. Demnächst erscheint vom Verfasser dieser Beileiße eine ausführliche Einführung in die deutsche Sippensforschung in Polen, die erste derartige für eine ausländische Volksgruppe, die weit über die kurzen Zeitungsaufsätze hinaus viele praktische Werte für unsere besonderen Verhältnisse gibt und die in Frage kommenden Hilfsmittel nennt, die man in den für Reichsdeutsche zugeschnittenen Einführungen nur zum kleinen Teil findet. Zur Gewinnung einer Übersicht über die notwendig werdende Auslage werden Bestellungen auf die Arbeit (Preis voraussichtlich 2,00 Zloty) schon jetzt an die Historische Gesellschaft Posen, (Anschrift: Poznań, Aleja Marszałkowskiego 16) erbeten.

Im gleichen Verlage sind nunmehr nach dem Entwurf von K. Wolff und Erwin Kühn in Fabianitz vier Bördnucke herausgekommen, die für tiefer schürfende Forscher jeglichen Anforderungen für die Familiens- und Sippensforschung entsprechen, da sie Ahnen-, Verwandtentafel, Personalkarte usw. enthalten. Die Rücksichten bringt die Anweisungen zur Ausfüllung. Wer da nach arbeiten will, bestellt eine Sammlung für 450 Zloty. Dann erhält er die für eine Durchschnittszahl einer Sippe genügende, natürlich für die einzelnen Arten verschiedene Anzahl Bördnucke, insgesamt rund 100. Sollte nach längere Arbeit z.B. die Zahl der Personalkarten nicht mehr ausreichen, kann man einige für wenige Groschen nachbestellen. Genauer hat diese Bördnucke K. Kühn in Heft 31 der DWBZ behandelt.

Die italienische Antwort ist ebenfalls in der Form eines Memorandums gehalten. Es heißt darin:

1. Die Italienische Regierung hat das Memorandum der Englischen Botschaft vom 11. Januar über die Frage der Nichteinmischung und besonders über die Freiwilligenfrage einer eingehenden Prüfung unterzogen.

2. Die Italienische Regierung ist bereit, die notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen zu ergreifen, um auf ihrem Gebiet die Anwerbung, die Abreise und die Durchfahrt von Personen zu verbieten, die sich zur Teilnahme an dem gegenwärtigen Konflikt nach Spanien begeben. Diese Maßnahmen, die praktisch bereits ausgearbeitet sind und daß ferner auch grundätzliches Einverständnis darüber besteht, daß diese Maßnahmen von allen beteiligten Regierungen gleichzeitig getroffen werden, daß das Gesamtproblem der indirekten Formen der Einmischung in Spanien eine aktive Behandlung erfährt und ein wirksames Kontrollsystem eingesetzt wird. Damit würden die Voraussetzungen erfüllt sein, von denen die Deutsche Regierung in der Note vom 7. Januar ihre Bereitwilligkeit zur Anordnung der von ihr zu treffenden Maßnahmen abhängig gemacht hat.

3. In ihrem Memorandum erinnert die Englische Regierung daran, daß der Nichteinmischungsausschuss bereits ein Kontrollschemma für die Häfen und für die Landsgrenzen Spaniens ausgearbeitet hat. Die Italienische Regierung beeilt sich, zu erklären, daß sie die Prüfung der verschiedenen Entwürfe des Komitees annähernd abgeschlossen hat. Sie prüfe die Entwürfe einer Kontrolle zu Land und zu Wasser, das Schema für die Ausdehnung dieser Kontrolle auf die Freiwilligen, die Entwürfe einer Luftkontrolle und Entwürfe, von denen manche erst seit einigen Tagen in ihrem Besitz sind. Sie behält sich vor, über ihren Vertreter dem Londoner Ausschuss dinnen kurzem genaue Angaben darüber wie auch über die Luftkontrolle zu kommen zu lassen.

4. Die Italienische Regierung beeilt sich, daran zu erinnern, daß auch der Vorschlag gemacht worden ist, aus dem spanischen Gebiet alle nichtspanischen Kämpfer, alle politischen Freiwilligen, alle Propagandisten und Agitatoren, die sich zurzeit in Spanien befinden, zurückzurufen.

Die Italienische Regierung kann nicht umhin, in diesem Zusammenhang hervorzuheben, daß — falls die in diesen Tagen von der Presse der verschiedenen Länder veröffentlichten Nachrichten über eine sogenannte Massenneutralisation der Ausländer, die den Reihen einer der beiden in Konflikt stehenden Parteien angeordnet sind, sich bewahrheiten sollten — eine derartige Maßnahme zweifellos im Gegensatz zu jeder authentischen Nichteinmischungspolitik stehen würde. Ein solch willkürlichen und einseitiger Schritt von einer der beiden in Konflikt stehenden Parteien könnte keinesfalls als Verhinderung oder Hindernis bei der Prüfung und Durchführung jener Vorschläge gelten, die dem Nichteinmischungsausschuss in London zur vollkommenen Räumung Spaniens von den Kriegs- und politischen Freiwilligen vorelegt werden sollen. Andernfalls würden diese Vorschläge Gefahr laufen, unwirksam gemacht zu werden, noch bevor sie geprüft und beprochen worden sind.

Der erwähnte willkürliche Akt zeigt aber auf jeden Fall, wie groß tatsächlich die Rolle ist, die ausländische Freiwillige bei einer der beiden in Konflikt stehenden Parteien spielen. Er zeigt auch, welch großes Gewicht diese Partei auf diese Unterstützung legt.

5. Die Absichten, die die Englische Regierung dazu bestimmt haben, von sich aus die Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig sind, um in ihrem Lande die Rekrutierung und die Ausreise der Freiwilligen gefährlich strafbar zu machen, werden von der Italienischen Regierung durchaus verstanden und gewürdigt.

Amtsantritt des Gesandten Papée in Prag.

In einer feierlichen Audienz beim Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik hat der neue polnische Gesandte, Dr. Papée, am Sonnabend dem Staatspräsidenten der Tschechoslowakei sein Beglaubigungsschreiben überreicht.

Bei dieser Gelegenheit hielt Dr. Papée eine Ansprache, in der er versicherte, daß er seine besondere Aufmerksamkeit allen Bestrebungen und Bemühungen widmen werde, die dazu beitragen könnten, das gegenseitige Verständnis und die gegenseitige Achtung, die auf der richtigen Einschätzung der tatsächlichen Werte der beiden Staaten beruhen, ständig mehr zu vertiefen. Er werde sich bemühen, bei der Erfüllung der ihm

anvertrauten Mission ein treuer Dolmetsch des guten Willens der Polnischen Regierung zu sein, der ihre Außenpolitik in allen Belangen stets charakterisiere.

Der tschechoslowakische Staatspräsident wies in der Erwiderung darauf hin, daß eine gute Nachbarschaft zwischen den Staaten den allgemeinen Interessen jedes von ihnen nur zum Vorteil gereichen könne, und die Nachbarn notwendigerweise zu loyaler und freundlicher Zusammenarbeit führen müsse. Der gute Wille der Polnischen Regierung sei ihm die Garantie, daß die gegenseitigen Beziehungen zwischen Polen und der Tschechoslowakei sich nach diesen Grundsätzen entwickeln werden. Zum Schluß sprach der Staatspräsident die Hoffnung aus, daß die beiden Staaten, erfüllt von dem gegenseitigen Verständnis für die Eigenschaften, die sie auszeichnen, und geleitet von dem guten Willen, immer eine entsprechende Lösung der Fragen zu finden, die ihnen die Tagespolitik auferlegt, auch den harmonischen Weg finden werden, der zu dem von der großen Gemeinschaft der Staaten verfolgten Zielen führe, d. h. zum Frieden und zur Befriedung unter den Völkern.

Das politische Programm

für den 30. Januar.

Der Führer spricht am Sonnabend mittag 1 Uhr.

Aus Berlin wird gemeldet:

Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda gibt nachfolgendes Programm für den 30. Januar 1937 bekannt, das in Gemeinschaft mit allen beteiligten Stellen festgelegt wurde.

8.00 Uhr: Begegnung durch Musik- und Spielmannszüge der Bewegung im ganzen Reich.

9.00 Uhr: Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda Dr. Göbbels spricht in der Turnhalle der 1. und 29. Volksschule in Berlin-Niederschönhausen zur deutschen Schuljugend. In allen Schulen des Reichs finden gleichzeitig Schulfeiern statt, in deren Mittelpunkt die Übertragung der Neuköllner Feier steht. Der Schulunterricht fällt danach aus.

10.00 Uhr: Vorbeimarsch der Leibstandarte Adolf Hitler vor dem Führer an der Reichskanzlei in der Wilhelmstraße.

13.00 Uhr: Sitzung des Deutschen Reichstags. Abgabe einer Regierungserklärung durch den Führer und Reichskanzler.

17.00 Uhr: Zusammentritt des Reichskabinetts.

20.00 Uhr: Der Gau Berlin der NSDAP bringt dem Führer zur Erinnerung an die Huldigung am 30. Januar 1933 einen Fackelzug. Gleichzeitig werden im Reich von den Ortsgruppen der Partei Kameradschaftsabende veranstaltet.

Bereiteter Anschlag auf General Franco

Das Pariser Blatt „Jour“ bestätigt in einem ausschlagreichen Bericht, daß die in den letzten Tagen in verschiedenen portugiesischen Städten verübten Bombenanschläge das Werk der Komintern sind. Das Blatt will wissen, daß die Moskauer Agenten bereits vor zwei Monaten ein Attentat gegen den Führer der Spanischen Nationalregierung, General Franco, vorbereitet hätten. Vier ihrer Sendboten, die geläufig Spanisch sprechen, seien von Paris und Marokko nach Spanien geschickt worden. Ihr Ziel sei Salamanca gewesen, wo sie General Franco ermorden wollten. Die vier Terroristen seien aber nicht weit gekommen. Sie seien von den nationalspanischen Behörden abgesetzt und nach kurzem Prozeß gehängt worden. Drei Terroristen seien nach dem nationalspanischen Hafen El Ferrol geschickt worden, um die auf den dortigen Werften in Ausbesserung befindlichen nationalen Kriegsschiffe in die Lust zu sprengen. Sechs andere Terroristen seien nach Portugal entsendt worden, um dort Attentate zu begehen.

Umfassender Vorstoß auf Malaga.

Der Angriff der Nationalen auf die rote Hafenstadt Malaga ist jetzt durch einen überraschenden Vorstoß von Granada aus noch umfassender gestaltet worden. Auf der Küstenstraße am Mittelmeer waren die nationalen Abteilungen bisher über Marbella und Fuengirola bis Torremolinos vorgedrungen. Andere Streitkräfte marschierten von Ronda und von Antequera im Norden Malagas aus gegen die bolschewistischen Stellungen. Während diese Operationen fortgesetzt werden, trifft der Vorstoß von Nordosten her die Bolschewisten völlig unvorbereitet und hat bereits zur Einnahme wichtiger Orte geführt. Nationale Abteilungen sind in das wilde Gebirgsland im südwestlichen Teil der Provinz Granada eingedrungen und haben nach der Besetzung der Orte Escuzor und Cacín die Stadt Alhama erobert.

Da es durch die früheren Zeitungsbeiträge schon öfters gefunden ist, Verbindungen anzuknüpfen oder gefälschte Urkunden zu finden, seien wieder neu aufgelaufene Anfragen genannt. Gütschke, Rud. Kuntzel, Schörgatz p. Wiebork, sucht Geburt und Tod Gotts. K. aus Rosenau-Dalitzow bei Tremessem, Vaters des 1829 geb. Mich. Fried. K. und weitere Vorfahren. Otto Hirshau, Bergberg, Fordonstraße 13, sucht aus Nege- und Weißschniederung Albrecht Buchowitz, Hackbarth, Jahnke, Krüger, Kunde, Matzschinske, Borke, Prochnau, Raschke, Niemer, Mistau, Roenz, Schmidt, Bircham, Witt; Oberst Max Seele, Berlin-Niederröhren, Bäder Gotts. K. und Luisa Bätz oder Hiebz, 1883 mit Joh. Daniel, Lehrer in Rella Höld. getraut, Geburt Wirt Fried. Wil. Seel und Anna Christ. Siemert, die 1806 in Golm Höld. einen Sohn haben; Prof. Alb. Breuer in Sompolno pom. Pola sucht Geburt Gotts. Br. oder Bräuer um 1773; Karl Polensky, Sonnenberg Neumark, Nübowstraße sucht Geburt Mich. P., gestorben 21. 8. 1866 in Schlanzig, Kreis Friedeberg, angeblich vor 1847 aus Polen ausgewandert; Uppolitsekr. Rud. Schubert, Buppertal-Barmen, Ober Schloßstraße 1, sucht Trauung Exekutor Joh. Gottlieb Sch. und Joh. Gräflich (1883 in Koschmin Sohn) und Namenträger Gr.; Joh. Kraut, Freiburg i. Br. 1. Hitlerstraße 249, sucht Vorfahren des 1854 in Michalin Kr. Strasburg geb. Schmidts; Joh. K. und Anna Eiforsta; Sippenspärcher Adolf K. Krüger, Loda, Mielczarski, 1882, sucht Daten Franz und Anna K. die 1755 Gotthold Nostrzebowo bei Grünau, Trauung Mich. K. und Anna Kath. Wollmann vor 1797, Geburt des Rogatener Tuchmachers Mich. Jahn um 1748 und Georg Schäf (Schatt) zwischen 1845 und 1860; Dr. A. Löttermann, Bojen, Dzialdowitsch 10, sucht Geburt Karoline Wilh. Nosenstorff um 1821 und Daten des Vaters Karl Fried. K.; Geburtsort des um 1812 geb. und 1862 in Groß Leistnau gestorbenen Christian Sontowski und seines Vaters Joh. S.; Geburt Christoph Mader um 1740 und Trauung mit Kath. Gries um 1760; Geburtsort Adals. Wegner, Kath., 1780 und Trauung mit Kunig. K. nach 1870 in Strelno gestorben; Geburtsort des am 18. 5. 1889 in Liepāja geb. Rud. Hadel, Sohn des Matthias H.; Geburtsort der zwischen 1825 und 1881 in Lindenwerder geborenen Justine Schröder; Geburtsort Martin Delm 1790, 1853 als Polizeibürgermeister in Witkow gestorben, verheiratet mit a) Kat. Slupka, b) Kat. Potocka aus Gniezno; Geburt Sophie p. Matuzewski um 1800, 1828 verheiratet mit Hauptmann Carl Gust. Kummer in Margonin.

Aus den „Deutschen Monatsheften in Polen“ kommen für unsere Zwecke noch folgende Aussäße in Betracht: Alfred Pockrandt hat die deutsche Rückwanderung aus Mittelpolen nach 1815 (Fg. 3 Heft 3—4), K. Hähler die badische Einwanderung nach Polen (Fg. 3 Heft 5) dargestellt. Viele andere auch aus anderen Zeitschriften werden in der genannten Einführung erwähnt.

Mit dieser soll eine neue Schriftenreihe der Historischen Gesellschaft eröffnet werden: Deutsche Sippensforschung in Polen, um die Zeitschriften von längeren Arbeiten zu entlasten.

Die dort bisher erschienenen bilden als Sonderdrucke die ältere Reihe. Für die neue sind folgende Hefte vorgesehen: Ernst Bachmann: Bojanower Tuchmacherfamilien; Carl Schmekel: Stammtafeln der Familie Schmekel; Paul Panske: Familien der Koschawiersfamilien des 17. Jahrhunderts (Ergänzung zu einer Arbeit über das 18. Jahrhundert).

Für viele Familien der Gegend, auch nach Kongresspolen weitergewanderte, ist eine Fundgrube das schöne neue Buch von Dr. phil. Rudolf: Aus der Geschichte von Schulz und den umliegenden Dörfern. Wer selbst bis ungefähr 1773 zurückkommt, kann nach dem Anhang (Tauftafeln der Evangelischen von 1664—1772) leicht noch 100 Jahre weiter zurückreichen. Die am häufigsten vorkommenden Namen sind Krüger, Jahnke, Lüdtke, Biegner, Frits, Sandrey, Freter, Eggert, Pritschoff, Witt, Hinkelmann, Schwarz, Rosenthal, Witzke, Lemke, Meister, Adam, Schmidt, Peplau, Hanke, Radke, Ruhn, Heise und Brand. (Wir kommen auf das ausgezeichnete Werk noch in eigener Besprechung zurück.)

An neuen Familienverbänden vermerken wir den v. Schmude, auch Zwinda-Trzebiatowski, Kr. Konitz (Gründer Herbert v. Schmude, Berlin-Pankow, Neumannstraße 26) und der Tepper (Töpper, Töpfer) unter Mittelschulrektor Dr. Tepper in Straßberg (seltene Posener Zweige).

Käthe Blankensfeld
Gerhard Schwarz
Verlobte
Krupocin, pow. Świecie Bydgoszcz
im Januar 1937. 725

Händelsfurie
sowie Stenographie
und Schreibmaschine
G. Vorreau,
Bydgoszcz. M. Focha 10.
1458

Mein neuer, reich illustrierter Samenkatalog 1937

über
hochgezüchtete, zuverlässige
Gemüse-, Blumen-, Feld-
Sämereien

sowie wertvolle Neu-üchtungen ist erschienen
und steht auf Verlangen kostenlos zu Diensten.

B. Hozakowski, Toruń
skrzynka pocztowa 1
Saatengroßhandlung, Samenbau, Gartenbaubetrieb
Gegründet 1885. 129

für das Buch- und
Rassenwesen sucht z.
1. 4. 1937 evangel.
Hilfskraft
die Molt. Genossen-
schaft Płoszica, pow.
Działdowo. 1367

Gesucht z. 1. 4. 37 unverh.
evangel., zuverlässiger
herrschaf. Kutscher
Gut, Fahrer u. Pferde-
pfleger Bedinaung. An-
geb. auf Gutsverwaltung.

Różankowo.
počate Swiercanyki,
pow. Toruń. 1423

Buchhalterin
bilanzficher. m. Steno-
graphie und Schreib-
maschine, gesucht Aus-
führliche Anneh. unter
U 716 a. d. Gt. d. Sta.

Suche zum 1. 2. eventl.
15. 3. frdl. beicheidenes,
ehr. **Hausmädchen**,
w. Wäsche und Garten-
arbeiten übernimmt.

Frau A. Thiele,
Wahreżno. 1468

Suche zum 1. 2. 1937 ein
ehrliches, **Mädchen**,
fleißiges, **Mädchen**,
für meinen Haushalt
(o Lande bevorzugt).
P. Krause Toruń. 1467

Nelt Schweizer, ledig,
sucht sofort. Stellg. zu 20
Rühen od. auf gr. Gut
am Erster. Lanai. Zeugn.
Ana. u. 3 3643 a. Ann.
Expe. W. Laski, Toruń.
1457

Hauschneiderin
mit gut. Empfehlung,
sucht vom 15. 2. 1937 in
Bromberg Geschäft.
bei beliebte. Ansprüch.
Fr. Ana. unt. 3 720
an die Geschäft. d. Sta.

Mädchen, 21 J. sucht ab
1. 2. od. spät. Stellung als

Stuben- oder

Alleinmädchen.

Gute Zeugnisse vorhd.

Offert. unt. § 1408 a. d.

Geschäftst. d. Sta. erb.

Bell. Landw.-Tochter
ehrl. sucht Stellung von sofort.
od. später als Stütze,
Kinderfr. od. Stuben-
mädchen. Zeugen vorhd.
Fr. Angebot mit Ge-
halt erbittet. Thim.
Partęcann, v. Ulinowow.
pow. Grudziądz. 1410

Evangel., Mädchen
sucht vom 1. 2. od. 15. 2.

Stellung als Küchen-

mädchen a. einem Gut.

Offerten unter § 1427 a.

d. Geschäft. d. Zeitg. erb.

Evangel., Mädchen
sucht vom 1. 2. od. 15. 2.

Stellung als Küchen-

mädchen a. einem Gut.

Offerten unter § 1427 a.

d. Geschäft. d. Zeitg. erb.

Evangel., Mädchen
sucht vom 1. 2. od. 15. 2.

Stellung als Küchen-

mädchen a. einem Gut.

Offerten unter § 1427 a.

d. Geschäft. d. Zeitg. erb.

Evangel., Mädchen
sucht vom 1. 2. od. 15. 2.

Stellung als Küchen-

mädchen a. einem Gut.

Offerten unter § 1427 a.

d. Geschäft. d. Zeitg. erb.

Evangel., Mädchen
sucht vom 1. 2. od. 15. 2.

Stellung als Küchen-

mädchen a. einem Gut.

Offerten unter § 1427 a.

d. Geschäft. d. Zeitg. erb.

Evangel., Mädchen
sucht vom 1. 2. od. 15. 2.

Stellung als Küchen-

mädchen a. einem Gut.

Offerten unter § 1427 a.

d. Geschäft. d. Zeitg. erb.

Evangel., Mädchen
sucht vom 1. 2. od. 15. 2.

Stellung als Küchen-

mädchen a. einem Gut.

Offerten unter § 1427 a.

d. Geschäft. d. Zeitg. erb.

Evangel., Mädchen
sucht vom 1. 2. od. 15. 2.

Stellung als Küchen-

mädchen a. einem Gut.

Offerten unter § 1427 a.

d. Geschäft. d. Zeitg. erb.

Evangel., Mädchen
sucht vom 1. 2. od. 15. 2.

Stellung als Küchen-

mädchen a. einem Gut.

Offerten unter § 1427 a.

d. Geschäft. d. Zeitg. erb.

Evangel., Mädchen
sucht vom 1. 2. od. 15. 2.

Stellung als Küchen-

mädchen a. einem Gut.

Offerten unter § 1427 a.

d. Geschäft. d. Zeitg. erb.

Evangel., Mädchen
sucht vom 1. 2. od. 15. 2.

Stellung als Küchen-

mädchen a. einem Gut.

Offerten unter § 1427 a.

d. Geschäft. d. Zeitg. erb.

Evangel., Mädchen
sucht vom 1. 2. od. 15. 2.

Stellung als Küchen-

mädchen a. einem Gut.

Offerten unter § 1427 a.

d. Geschäft. d. Zeitg. erb.

Evangel., Mädchen
sucht vom 1. 2. od. 15. 2.

Stellung als Küchen-

mädchen a. einem Gut.

Offerten unter § 1427 a.

d. Geschäft. d. Zeitg. erb.

Evangel., Mädchen
sucht vom 1. 2. od. 15. 2.

Stellung als Küchen-

mädchen a. einem Gut.

Offerten unter § 1427 a.

d. Geschäft. d. Zeitg. erb.

Evangel., Mädchen
sucht vom 1. 2. od. 15. 2.

Stellung als Küchen-

mädchen a. einem Gut.

Offerten unter § 1427 a.

d. Geschäft. d. Zeitg. erb.

Evangel., Mädchen
sucht vom 1. 2. od. 15. 2.

Stellung als Küchen-

mädchen a. einem Gut.

Offerten unter § 1427 a.

d. Geschäft. d. Zeitg. erb.

Evangel., Mädchen
sucht vom 1. 2. od. 15. 2.

Stellung als Küchen-

mädchen a. einem Gut.

Offerten unter § 1427 a.

d. Geschäft. d. Zeitg. erb.

Evangel., Mädchen
sucht vom 1. 2. od. 15. 2.

Stellung als Küchen-

mädchen a. einem Gut.

Offerten unter § 1427 a.

d. Geschäft. d. Zeitg. erb.

Evangel., Mädchen
sucht vom 1. 2. od. 15. 2.

Stellung als Küchen-

mädchen a. einem Gut.

Offerten unter § 1427 a.

d. Geschäft. d. Zeitg. erb.

Evangel., Mädchen
sucht vom 1. 2. od. 15. 2.

Stellung als Küchen-

mädchen a. einem Gut.

Offerten unter § 1427 a.

d. Geschäft. d. Zeitg. erb.

Evangel., Mädchen
sucht vom 1. 2. od. 15. 2.

Stellung als Küchen-

mädchen a. einem Gut.

Offerten unter § 1427 a.

d. Geschäft. d. Zeitg. erb.

Evangel., Mädchen
sucht vom 1. 2. od. 15. 2.

Stellung als Küchen-

mädchen a. einem Gut.

Offerten unter § 1427 a.

d. Geschäft. d. Zeitg. erb.

Evangel., Mädchen
sucht vom 1. 2. od. 15. 2.

Stellung als Küchen-

mädchen a. einem Gut.

Offerten unter § 1427 a.

d. Geschäft. d. Zeitg. erb.

Evangel., Mädchen
sucht vom 1. 2. od. 15. 2.

Stellung als Küchen-

mädchen a. einem Gut.

Offerten unter § 1427 a.

d. Geschäft. d. Zeitg. erb.

Evangel., Mädchen
sucht vom 1. 2. od. 15. 2.

Stellung als Küchen-

mädchen a. einem Gut.

Offerten unter § 1427 a.

d. Geschäft. d. Zeitg. erb.

Evangel., Mädchen
sucht vom 1. 2. od. 15. 2.

Stellung als Küchen-

mädchen a. einem Gut.

Offerten unter § 1427 a.

d. Geschäft. d. Zeitg. erb.

Evangel., Mädchen
sucht vom 1. 2. od. 15. 2.

Stellung als Küchen-

mädchen a. einem Gut.

Bromberg, Mittwoch, den 27. Januar 1937.

Pommerellen.

26. Januar.

Graudenz (Grudziądz)

Erfolgreicher Start des S.C.G.

bei den Bromberger und Pommerellen-Leichtathletik-Hallenmeisterschaften.

Kürzlich beteiligten sich drei Leichtathleten vom Sport-Club Graudenz an den Bromberger Leichtathletikmeisterschaften. Reiß gelang es, zweimal siegreich zu sein; er gewann den 30-Meter-Hürdenlauf in 5,0 Sekunden vor Bociek (WKS Graudenz), und im Kugelstoßen wurde Reiß mit 11,75 Meter ebenfalls vor Bociek Sieger. Im Weitsprung wurde Reiß mit 5,97 Meter dritter. Am schärfsten umstritten waren die 800 Meter; weder Neubauer noch Ewert gelang es, Sieger zu werden. Neubauer belegte in 2,23,4 Minuten hinter Schulz (WKS Bromberg), der 2,22,4 Minuten benötigte, den zweiten Platz. Ewert wurde sechster.

Am 24. Januar wurden in der Halle des Okregown Osrodeks Wf in Bromberg die pommerellischen Hallenmeisterschaften ausgetragen. Reiß und Neubauer konnten je einen Sieg erringen. Reiß blieb im 30-Meter-Hürdenlauf mit 4,9 Sekunden vor Bielski (Sokół Graudenz) Sieger; im Weitsprung wurde er mit 6,24 Meter dritter. Neubauer ließ sich den Sieg im 1000-Meter-Lauf nicht nehmen und verbesserte gleichzeitig den Pommerellenrekord um 9 Sekunden auf 3,02,5 Minuten. Der vorherige Rekordinhaber Schulz endete an fünfter Stelle. Neubauer sowie Reiß wurden vom Leichtathletik-Verband aufgefordert, an den Polnischen Leichtathletikmeisterschaften in Przemysł teilzunehmen, was aber beide der langen Reise wegen ablehnten. Die hervorragende Form, die die S.C.G.-Sportleute an den Tag legen, beruht zum größten Teil auf den von Neubauer geleiteten Gymnastikabenden, die in der Goethe-Schule stattfinden und von allen Sportleuten regelmäßig besucht werden.

Das Urteil im Prozeß

wegen der Vorgänge im "Tivoli" erging dahin: Bernard Grabowski erhielt drei Monate Arrest mit drei Jahren Bewährungsfrist. Das Gericht hält für festgestellt, daß er zwecks Provokation von Störungen unter den Versammlungsteilnehmern die Bühne betreten hat. Kotomski und Mairowski wurden freigesprochen. Vom Gericht ist zwar angenommen worden, daß beide die Grenzen des notwendigen Schutzes überschritten haben, es hat aber auf Grund des Art. 21, § 2 StGB keine Strafe festgesetzt. Kanowski und Machalski wurden des Vergehens gegen Art. 21, § 1 lit. c und § 2, sowie 241, § 6 StGB für schuldig erklärt und zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Machalski wurde eine dreijährige Bewährungsfrist auferlegt. Smigielski und Hinz sprach das Gericht frei.

Die Kosten des Verfahrens fallen, was die Angeklagten Kanowski und Machalski betrifft, diesen selbst zur Last. Bei den anderen Verurteilten wurden die Gerichtskosten der Staatskasse auferlegt.

Standesamtliche Nachrichten. In der Woche vom 11. bis zum 16. Januar d. J. gelangten auf dem hiesigen Standesamt zur Anmeldung und 21 eheliche Geburten (8 Knaben, 13 Mädchen), sowie 3 uneheliche Geburten (1 Knabe, 2 Mädchen); ferner 6 Eheschließungen und 17 Todesfälle, darunter eine Frau von 85 und ein Mann von 82 Jahren, sowie 3 Kinder im Alter bis zu einem Jahr (hämlich Mädchen).

Vor der Eröffnung einer mechanischen Schuhfabrik. Die Graudenser Expositur des Arbeitsfonds bringt zur Kenntnis, daß in Zusammenhang mit der beabsichtigten Inbetriebnahme einer mechanischen Fabrik zur Herstellung von Lederschuhwerk Meldungen von für diese Fabrikation qualifizierten Arbeiterninnen und Arbeitern angenommen werden. Bewerberinnen und Bewerber müssen schriftliche Angebote, zugleich mit Bezugsnachweisen, während der Stunden von 9–13 Uhr am Schalter 1 der genannten Arbeitsfonds-Expositur abgeben.

Eine Vollversammlung des Komitees für die polnische Arbeitslosen-Winterhilfe fand im Rathause statt. Bekanntgegeben wurde, daß bisher 26 000 Złoty an Spenden eingegangen, 50 000 Złoty aber bereits an Unterstützungen verteilt werden mußten. Es ist also ein erhebliches Defizit vorhanden. Wenn alle gezeichneten Spendenbeträge eingespielt, dann würden sie einen Betrag von 120–130 000 Złoty ergeben. Jedoch rechnet das Komitee selbst nicht mit einem solchen Erfolg, hofft aber, wenigstens noch 40 000 Złoty zusammenzubringen.

Zu einer Messerstecherei kam es am 11. Juni v. J. auf der Chaussee nach Neuenburg (Nowe). Es fuhren dort friedlich und gemächlich zwei Radler namens Jan Suliga und Wincenty Osiecki. Unterwegs kamen sie mit sechs jungen Leuten, die ebenfalls dort radfuhren, aber die Strecke versperrten, in Konflikt. Einer der Sechs fuhr zur Seite und stieß Osiecki an, der mit seinem Rade in den 3 Meter tiefen Graben fiel. Suliga lief seinem Fahrtengenossen zu Hilfe und schlug den einen der Angreifer namens Fortuna aus Drittklasse ins Gesicht. Da eilt ein anderer namens Koziana hinzu und verletzt den Osiecki, der inzwischen aus dem Graben geklettert war, vier Messerstiche in den Rücken, die aber zum Glück keine allzu erheblichen Verletzungen hervorriefen. Jetzt hatte die Sache vor dem Graudenser Gericht ein Nachspiel. Fortuna erhielt 6 Monate Gefängnis, der mitangeklagte Josef Ruminski aus Gruppe wurde freigesprochen. Gegen einen weiteren an der Sache Beteiligten namens Szymon Koziana aus Gruppe, der nicht erschienen war, wurde Festnahme angeordnet.

Im Dreißigspielen während des letzten Biwmarktes mit unbekannten Personen verlor der Arbeiter Jan Górska aus Cr. Sanska (W. Bajakow) 5 Złoty. Da er sich betrogen fühlte, meldete er die Sache der Polizei.

Straßenfall. Sonnabend mittag gegen 1 Uhr wurde die durch die Breslauerstraße (Breslauer) gehende Gertruda Kurańska, Rehderstraße (Gen. Hallera) 47a, von einem Tafelwagen der Firma "Union" angefahren. Dadurch erlitt die Genannte eine, zum Glück nur leichte Verletzung am linken Bein.

Wiederholtes Feuerstreuengehen am Montag vormittag kurz vor 10½ Uhr sowie nachmittags gegen 1 Uhr ließ bei den Hörern den Gedanken aufkommen, es müßten erhebliche Brände ausgebrochen sein. Indes handelte es sich lediglich um die Vornahme von Probealarmen.

Gefunden wurden zwei Bund Schlüssel (8 Stück). Sie können vom 2. Polizei-Commissariat abgeholt werden.

Thorn (Toruń).

Zwei wichtige neue Eisenbahnbauten eingeweiht.

Am letzten Sonnabend fand im Beisein des Verkehrsministers Ulrych die feierliche Eröffnung der neuen Normalspurhauptstrecke Sierpc-Thorn, auf der seit einigen Wochen schon zwei Personenzugpaare verkehren, sowie des zweiten Bahngleises der Strecke Kutno-Thorn, die 109 Kilometer lang ist.

Die Eröffnungsfeierlichkeiten nahmen ihren Anfang auf der Station in Sierpc, wo Verkehrsminister Ulrych in Begleitung einiger weiterer Minister, des Senatsvizemarschalls Podolski sowie der höheren Beamten der Warschauer Eisenbahndirektion aus Warschau mit einem Sonderzug eintraf. Gleichzeitig traf mit einem Sonderzug aus Thorn ein der Direktor der Bezirks-Eisenbahndirektion in Thorn Ingenieur Boguslaw Dobrzański, Armeeinspektor General Bortnowski, Korpskommandant General Thomée, Bischof Okoniewski, Landesstarost Lacki, Stadtpräsident Volt sowie die Vertreter der Presse.

Nach erfolgter Eröffnung bestieg Minister Ulrych mit den Vertretern der Behörden den bereitstehenden Zug und fuhr damit die neue Linie ab, wobei er auf dem Bahnhof in Leibitz, der ersten Station auf pommerellischen Boden, in Vertretung des pommerellischen Wojewoden Raczkiewicz durch den Vize-wojewoden Szczepański begrüßt wurde.

Von Leibitz fuhr der Zug nach Thorn, der Endstation der neuen Linie, wo anschließend die feierliche Einweihung und Eröffnung des zweiten Gleises der Eisenbahnlinie Thorn-Kutno stattfand.

Verkehrsminister Ulrych trat um 16,20 Uhr die Rückfahrt nach Warschau an.

Die Stärke des Weichsegleises in Thorn betrug Montag früh 27 Zentimeter. Eine Freigabe des Übergangs über den Strom seitens der Polizei ist bisher noch nicht erfolgt. Man sieht aber viele Jugendliche, die sich bereits auf den glätteren Stellen mit Schlittschuhlaufen vergnügen.

Standesamtliche Nachrichten. In der Woche vom 18. bis 24. Januar gelangten beim hiesigen Standesamt zur Anmeldung und Registrierung: 18 eheliche Geburten (je 9 Knaben und Mädchen), die außereheliche Geburt eines Knaben und 17 Todesfälle (9 männliche und 8 weibliche Personen), darunter 4 Personen im Alter von über 60 Jahren und ein Kind im ersten Lebensjahr. In demselben Zeitraum wurden 4 Eheschließungen vollzogen.

Die Kältewelle aus dem Osten brachte Sonntag morgen in der Innenstadt 12 und Montag morgen 15 Grad Celsius. Selbst die klarcheinende Sonne vermochte keine merkbare "Erwärmung" zu bringen, da der Wind zu eisig wehte. — Trotz der Kälte, die den Straßen- und Geschäftszverkehr auf ein Minimum zusammenschrumpfen ließ, gibt es immer noch viele Pferdebesitzer, die es entweder nicht für nötig halten oder aber zu faul sind, ihre wartenen Tiere mit einer wärmedien Decke zu versehen. Im Interesse der Kreatur müßte hiergegen von Seiten der Aufsichtspolizei energisch eingeschritten werden. Ebenso wären Kontrollen der Hof- und Kettenhunde von Seiten des Tierschutzvereins oder der Polizei angebracht, da auch diese treuen Wächter des Hauses sehr schwer unter dem Frost zu leiden haben. Allen anderen aber, die weder Pferd noch Hund zu betreuen haben, sei besonders ans Herz gelegt, jetzt der hungernden und frierenden Vögel zu gedenken!

Motorischer Betrüger erhält 1 Jahr Gefängnis. Der heimliche Rechtsberater Felix Kazimierz Baczykowski von hier mußte dieser Tage wieder einmal auf der Anklagebank des Burgergerichts in Thorn Platz nehmen. Der Angeklagte hatte sich außer den ihm vorgeworfenen Fällen motorischer Unterschlagung der von seinen Kunden kassierten Beträgen für die Steuergeschäfte diesmal auch noch wegen Fälschung von Anmeldungen und Anmeldungsbestätigungen, des bekannten Betruges im Pfarramt in Włocławek sowie wegen Fälschung von Unterschriften auf den Anmeldungen zu verantworten. Nach durchgeföhrter Verhandlung wurde der Angeklagte für schuldig befunden und zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Bei einem Einbruch in das Soldatenheim (Dom Żołnierza) in der Friedrichstraße (ul. Warszawska) wurden Czesław Tworowski und Edmund Zywiciak auf frischer Tat ertappt und durch die Polizei hinter schwedische Gardinen gesetzt, nachdem ihnen ihr "Handwerkszeug" abgenommen war.

Podgora bei Thorn, 25. Januar. Zu der Stadtverordnetenversammlung wurde der Bericht über die erfolgte Revision der Stadtclasse debattlos zur Kenntnis gebracht. Sodann wurden Fleischermeister Franciszek Weber, Stanisław Pawlik als Stadtverordnete vereidigt. Anschließend stand der Haushaltsvoranschlag für das Jahr 1937/38 zur Beratung. Es entwickelte sich hierbei eine lebhafte Diskussion, in deren Verlauf das Budget schließlich einstimmig angenommen wurde. Im weiteren Verlauf der Sitzung referierte Stadtv. Stanisław Hellas das Protokoll von der durch den Inspektor des polnischen Städteverbandes vorgenommenen Besichtigung der städtischen Gesamtwirtschaft. Wie der Bericht besagt, ist die Wirtschaft der städtischen Selbstverwaltung in der Stadt Podgora äußerst musterhaft geführt und ohne Defizit. Bei Verlesung der obigen anerkennenden Worte dankte das Stadtparlament durch starke Handapplausch. Weiter wurde ein Schreiben des Kreisausschusses betreffend die Bestätigung einer Anleihe in Höhe von 10 350 Złoty zur Kenntnis genommen. Zum Schlus fand das Statut über die Einziehung der Verwaltungsgebühren zugunsten der Stadt Podgora einstimmige Annahme.

Konitz (Chojnice)

Ein Feuer vernichtete am Sonntag nachmittag in Nittel ein zweistöckiges Arbeiterhaus des Sägewerksbesitzers Krenski. In dem Hause wohnten 10 Familien, die bis auf eine unverheiratet waren. Zwei Familien haben durch das Feuer ihre gesamten Habeschen verloren, während die übrigen acht den größten Teil ihres Besitzes mit Hilfe der Konitzer Feuerwehr in Sicherheit bringen konnten. Der Arbeiter Wolter sprang in der ersten Aufrissung aus einem Fenster des 2. Stockwerks und zog sich dabei einen Knöchelbruch zu. Der Verunglückte wurde ins Borromäuskrankenhaus überführt. Brandursache und die Höhe des Gesamtschadens konnten noch nicht festgestellt werden.

Der Segler-Club eröffnete seine Winteraison auf dem Müskendorfer See. Acht Eissegeljachten begannen mit ihren Trainingssärgen und erreichten bei scharfem Ostwind zeitweise eine Geschwindigkeit von über 100 Stundenkilometern. In kommender Woche werden mehrere neue Schlitten fertiggestellt, so daß alle Freunde dieses einzigartigen Sports Gelegenheit haben, sich an den allsonntäglichen Wettsärgen zu beteiligen. Die Eisverhältnisse auf dem See sind zurzeit auch für Schlittschuhläufer ausgezeichnet. Bei dem gleichmäßigen trockenen Frost hat sich eine glatte Eisdecke von 25 Zentimetern gebildet, so daß die Sportler weit Wandertäfeln unternehmen können. An jedem Sonntag ist Gelegenheit, vom Hauptmarkt aus mit einem Autobus nach Müskendorf zu fahren.

Die hiesige Polizei verhaftete einen Josef Depa aus Oberschlesien, der im Verdacht steht, verschiedene Diebstähle begangen zu haben und den von dem Graudenser Gericht steckbrieflich verfolgten Leo Balzer ohne festen Wohnsitz.

Aus dem Seekreis, 26. Januar. In Adlershorst (Orłowo) fand die feierliche Einweihung der über das Eisenbahnleise führenden Fußgängerbrücke, die von der Beamten-Wohnungsbau-Genossenschaft erbaut war, sowie des Ansiedlungsterrains statt.

Aus dem Seekreis, 25. Januar. In Smażyn ist Frau Margarete Trepczyk zum Gemeindeworste gewählt worden. Es ist dieses bereits der zweite Fall im Seekreis, daß eine Frau dieses Amt bekleidet.

Barthaus (Kartuzy), 25. Januar. Die Bacowischewa abnahm erfolgt künftig auch in Barthaus für die Bacowfabrik Czerniewice.

Schweinediebe stahlen in Borowo dem Landwirt Hujnagel und in Karlowo dem Landwirt B. Warmowski je zwei Schweine.

Neustadt (Weißerow) 25. Januar. In Smażyn verstarb im hohen Alter von 94 Jahren die Witwe Boryska. — Fräulein Auguste Stresenski, die 45 Jahre, davon 30 Jahre als Wirtin, im Graf von Leyserlingschen Schloss tätig gewesen ist, ist im Alter von 78 Jahren verstorben.

Soldan (Działdowo), 25. Januar. Als Fahrraddieb, der in Klein-Lens (Malej Leck) dem Tischler Karbowksi aus Milostow ein Rad gestohlen hat, wurde der Knecht Bogdanski aus Franciskowo ermittelt und festgenommen.

Soldan (Działdowo), 25. Januar. Vom 1. Februar d. J. werden auch auf der Station Rybno Vertragsbaconschweine aufgekauft. Zum Bezirk Rybno gehören die Ortschaften Zwiniarz, Ostaszewo, Rumienica, Rumian, Babinn, Płosnica, Rybno.

In Rziny brannte ein Feuer im Gehöft der Witwe Młodoch aus. Niedergebrannt sind Scheune und Stall. Das Inventar konnte gerettet werden. Es wird Brandstiftung vermutet.

Hohe schwedische Auszeichnung für Kiepura.

In Stockholm fand ein Festakt zugunsten der spanischen Kinder statt. Prinz Carl von Schweden hielt als Präsident des internationalen Roten Kreuzes eine Ansprache. In dem Konzertteil des Abends trat auch Jan Kiepura auf, der im Anschluß daran mit dem hohen schwedischen Orden des Polarsterns ausgezeichnet wurde.

Thorn.

Deutsche Bühne zum Karneval!

in Toruń 2. 1899
Mittwoch, 3. Februar 1937
mittags 8 Uhr abends:
Neuheit! Neuheit!



Papiermücken, Süte, Dominos,
Masken, Konfetti, Lustschlangen,
Papierzirme, Fächer usw.

Justus Wallis, Toruń
Szerota 34. Papierhandlung. Tel. 1469.

Graudenz.

Sport-Club S.C.G.

Montag den 1. Februar, ab 20 Uhr
im Clubhaus, Wybickiego 38/40

Röller Karneval

mit Unterhaltungsprogramm.
Eintritt 0,99 zł. Vorverkauf: Butterport, Toruń 6.

Eintritt nur gegen Einladung!
Gesuche wegen Einladungen sind an den Vorstand zu richten.

Dr. Gramse.

Für die Stadt Thorn wird

Provisions-

Betreter,

der in Kolonialwaren-

büchsen u. Bäderreien-

bestellt eingeübt ist

der sofort gesucht.

Bewerbungsschreiben

mit Angabe der bis-

herigen Tätigkeit zu

Bestellung. Unt. Nr. 1396

Wohn. 101, 2. Verm. Off.

"Deutsche Rundschau".

A. Kriede, Graudenz.

L. Kriede, Graudenz.

Wer beaufsichtigt Schularbeiten i. Tag Woethschule)? Gut eingef. am Markt gelegene Fleischerei n. Tompl. Einricht. sowie Wohn. 101, 2. Verm. Off. Wohn. 101, 2. Verm. Off. Wohn. 101, 2. Verm. Off. Wohn. 101, 2. Verm. Off.

Wohn. 101, 2. Verm. Off. Wohn. 101, 2. Verm. Off.

Wohn. 101, 2. Verm. Off. Wohn. 101, 2. Verm. Off.

Wohn. 101, 2. Verm. Off. Wohn. 101, 2. Verm. Off.

„Geständnisse“ in Moskau.

Wie wir bereits in unserem ersten Bericht über den neuen Moskauer Schauspiel geschildert haben, haben die Angeklagten Radek, Sokolnikow usw. im wesentlichen die in der Anklageschrift enthaltenen Beschuldigungen eingestanden. Radek erklärte, daß er im Jahre 1927 die Ansichten der Partei in Fragen der innenparteilichen Demokratie nicht geteilt habe. In den Jahren 1930 bis 1931 sei er zu der Überzeugung gekommen, daß das Tempo der Industrialisierung und Kollektivierung rasch sei, und daß das Regierungsprogramm ebenso endet wie das Vorrücken auf Warschau endet habe. In dieser Zeit sei er an die Bildung einer illegalen oppositionellen Organisation herangetreten. Radek hat, wie er weiter sagte, einen engen Kontakt mit Mraczkowski, Smirnow und Dreicer unterhalten, die standrechtlich erschossen worden sind. Von Mraczkowski habe er gewußt, daß Attentate auf Stalin, Molotow und Voroshilow vorbereitet würden, er habe sich auch an der Organisierung des Attentats auf Kirov beteiligt. Weiter gab Radek zu, daß er von der Bildung von terroristischen Gruppen in der Ukraine, Westsibirien und Kasachstan Kenntnis gehabt, daß Bucharin mit ihm seit dem Jahre 1934 in Verbindung gestanden, und daß er ebenfalls den Standpunkt des Terrors vertreten und zu diesem Zweck die akademische Jugend organisiert habe. Die Errichtung Kirovs habe die Mitglieder des Zentrums davon überzeugt, daß einzelne Attentate nicht die erwarteten Ergebnisse zeitigen. Bucharin, der an der Spitze der rechtsgerichteten terroristischen Gruppe stand, habe sich für eine Verstärkung und Erweiterung des Terrors eingesprochen, dieselbe Ansicht habe auch Radek vertreten.

Die Außenpolitik des Zentrums habe sich nach den Aussagen von Radek auf die Direktiven Trotski gestützt. Dieser sei der Meinung gewesen, daß die Übernahme der Macht in Deutschland durch den Nationalsozialismus sowie die Aggressivität Japans zum Kriege mit dem Sowjetverband führen müßten, der besiegt werden würde. Aus diesem Grunde habe man den Krieg beschleunigen wollen. In seinen Briefen an Radek habe Trotski mitgeteilt, daß er einen Kontakt mit einer Großmacht im Fernen Osten sowie mit einer Großmacht Mitteleuropas angeknüpft habe. Dessen Staaten habe man territoriale Zugeständnisse versprochen. Die Unterredungen in dieser Frage hätten im Jahre 1934 stattgefunden. Damals hatte Sokolnikow eine Unterredung mit dem Botschafter der Großmacht im Fernen Osten. Radek sagt aus, daß er auf einem diplomatischen Empfang, der in den Repräsentationsräumen des Narlomindes stattgefunden hat, eine Unterhaltung mit dem diplomatischen Vertreter der betreffenden mitteleuropäischen Großmacht gehabt habe. Dieser Diplomat habe Radek erklärt, daß Trotski eine Verständigung mit Deutschland anstrebe. (!!) Er habe sondieren wollen, wer hinter Trotski in der Sowjetunion steht. Radek meinte, daß das Zentrum die Politik Trotskis als real genehmigt habe. Von dieser Unterredung habe Radek Sokolnikow, Serebriakov und Pjatakov informiert. Radek soll angegeben haben, daß er zielbewußt auf eine Niederlage der Sowjetunion hingearbeitet habe.

Als der Staatsanwalt den Angeklagten fragte, ob er dies bewußt getan hätte, erklärte Radek: „Alle meine Handlungen im Leben, mit Ausnahme der Träume, waren stets bewußt.“ Während der Aussagen Radeks entwickelte sich zwischen ihm und dem Staatsanwalt folgender Dialog:

Staatsanwalt: „... Davon handelt Art. 58 des Strafgesetzbuchs.“

Radek: „Ich kenne das Strafgesetz nicht und kann deshalb mit Ihnen darüber nicht diskutieren.“

Staatsanwalt: „Ich denke, daß Sie nach dem heutigen Prozeß das Strafgesetz sehr gut kennen werden.“

Radek: „Ich bin im Gegenteil der Ansicht, daß ich nach dem heutigen Prozeß gar nicht mehr die Gelegenheit haben werde, mich in das Strafgesetz zu vertiefen.“

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einigers versiehen sein, anonyme Anfragen werden unzulässig nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abornamentsquittung beilegen. Auf dem Kuvert ist der Bemerk „Briefkasten-Sache“ anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

„Hypothek.“ Da es sich um Restkaufgeld handelt, kann die Hypothek unter Umständen voll aufgewertet werden. Voraussetzung dafür ist, daß der lebende Eigentümer persönlicher Schuldnerr ist. Ist das belastete Grundstück aber in anderen Händen übergegangen, und ist der neue Eigentümer nicht persönlich Schuldnerr, so haftet er nur dinglich mit 18% Prozent. Aber auch wenn der Eigentümer persönlich haftet, spielt bei der Aufwertung die Frage eine Rolle, ob das Grundstück seit dem Jahre 1897, d. h. seit der Entstehung der Hypothek, nicht im Wert gefallen ist; da dies zweifellos der Fall ist, muß das im Aufwertungsbetrag proportional zum Ausdruck kommen. Man kann annehmen, daß infolge des Minderwerts des Grundstücks die Hypothek nur auf 60 Prozent aufgewertet wird. In Bremen umgerechnet wären die 3500 Mark = 4820 Brem. 60 Prozent davon sind 2892,00 Brem., die Sie also zu verlangen hätten, wenn die oben erwähnten Voraussetzungen hier auftreten.

Horst Siemon. Von den drei Nummern ist im Jahre 1936 keine gezogen worden.

Anton. 1. Ihnen die Getreide- und Bierpreise aus den Jahren 1912–22 anzugeben, wäre ein Stück Arbeit, das viele Stunden in Anspruch nimmt. Eine solche Auskunft überschreitet den engen Rahmen des Briefkastens. 2. Ein mündlich abgeschlossener Pachtvertrag ist nicht stempelpflichtig; der Stempelpflicht unterliegen in der Hauptfahne nur Schriftstücke und außerdem nur ein eng beschränkter Teil von Rechtsgeschäften, auch dann, wenn sie nur mündlich vereinbart sind. Zu den letzteren gehören gewöhnlich Pachtverträge nicht. Nur ein Vertrag über die Miete eines Depots (Safes) unterliegt einer Stempelgebühr, auch wenn sie nur mündlich vereinbart ist.

A. 35. 1. Dem Kauf eines Grundstücks steht nichts im Wege. 2. Die Nummer ist noch nicht gezogen.

„Motor.“ 1. Die 100 000 Mark vom Jahre 1921 hatten nur einen Wert von 689,00 Brem. 2. Die 15 000 Mark Kriegsanleihe, die vermischlich in Anleiheablösungsschulden mit Auslösungsrechten in Höhe von 375 RM. umgetauscht sind, werden zurzeit an der Börse mit 118½ oder 118¾ notiert. Werden sie ausgelöst, dann haben sie 375 RM. einen Wert von 1875 RM., wozu noch Zinsen zu 4½ Prozent seit 1926 kommen.

Deutsches Volkstum außerhalb der Reichsgrenzen.

Ein Aufsatz von Dr. Hans Steinacher, Bundesleiter des VDA.

In der letzten Sonntagsausgabe des „Berliner Tageblatt“ ist der nachstehende Artikel erschienen: Aussah des Bundesleiters des Volksbundes für das Deutschtum im Ausland, Dr. Hans Steinacher, erschienen:

Niemals kann die unübersichtliche Gemengelagerung und Verzahnung der Völker und Volksgruppen in Europa allein durch ein „Selbstbestimmungsrecht“ westlich-formaler Prägung gelöst werden. Das hat das Weltkriegsergebnis und die Nachkriegszeit noch einmal erwiesen. Es soll hier auch nicht von der willkürlichen Zweikanwendung dieses sogenannten Selbstbestimmungsrechtes gesprochen werden. Das ist ein Kapitel für sich, das auf einer ganz anderen Ebene liegt. Aber selbst bei einer „gerechten“ Grenzziehung unter Abwägung aller völkischen zahlenmäßigen und geschichtlich-kulturellen Ansprüche würden vor allem in Osteuropa immer noch viele Millionen von Menschen übrigbleiben, die in ihren Staaten Gruppen mit völkischer Sonderart bilden. Daß die Einordnung dieser Gruppen, ihrer berechtigten sprachlichen und kulturellen Ansprüche, in die von anderen Völkern beherrschten und geprägten Staaten immer eines der wichtigsten europäischen Probleme bleibt, von dessen Lösung der Friede nicht nur innerhalb der Staaten, sondern auch zwischen den Staaten abhängt, ist eine nicht zu leugnende Tatsache. Die sogenannte Friedensregelung hat besonders in den anderthalb Jahrzehnten nach dem Kriege eine immer gefährlicher werdende Verschärfung dieses Problems gebracht. Immer deutlicher wird es, daß die bisherigen Methoden, die auf der überstandenen Geisteshaltung einer liberal-demokratischen westlichen Nationalstaatss-ideologie beruhen, niemals zu einer Lösung führen können. Auch in der Nationalitätenfrage muß in den Beziehungen der Staaten zueinander ein neuer Geist aufrichtiger Anerkennung und gegenseitiger Achtung des Volksstums Platz greifen, wie sie der Führer und Reichskanzler mit seiner ersten großen, außenpolitischen Rede des Jahres 1933 bis heute immer wieder gefordert hat.

Wie notwendig die Behandlung dieser Frage in einem neuen Geiste ist, mögen zunächst einige Zahlen beweisen. Nach dem allgemein anerkannten „Statistischen Handbuch der europäischen Nationalitäten“ von Professor Winkler ergeben sich rund 62 Millionen oder 13,4 Prozent fremder Volksbestandteile in den Staaten Europas. In den östlichen und südosteuropäischen Staaten (ohne das europäische Russland) ist der Anteil mit 27,8 Prozent am höchsten, am niedrigsten in den nördlichen Staaten mit 2,4 Prozent. An bewußt politisch geformten Volksgruppen nimmt Winkler unter Berücksichtigung des Genfer Nationalitätenkongresses die Zahl von 35 Millionen nach den amtlichen fremdstaatlichen, also gesärbten Unterlagen an, so daß die von der Nationalitätenvertretung selbst immer genannte Zahl von 40 Millionen sicherlich nicht

Volksgruppenrechts sich im einzelnen technisch-politisch gestalten wird, ob in zweifelhaften Verträgen oder allgemein bindenden Rechtsgrundlagen, ist in einer Zeit des völligen Umbruchs nicht nur der Methoden, sondern auch der inneren Werte noch nicht zu übersehen. Eine wirkliche Wandlung wird erst erfolgen, wenn auch hier die nationalsozialistische Erkenntnis von der Wesensart des Volkstums sich allgemein durchsetzt. Diese Vorstellung vom Volk geht von der Einsicht aus, daß „die machtmäßig erwogene Einschmelzung eines Volkes in ein anderes, wesensfremdes nicht nur kein erstrebenswertes, politisches Ziel, sondern als Ergebnis einer Gefährdung der inneren Einheit und damit der Stärke eines Volles auf lange Zeit gerechnet“ ist. Nach dem Abschluß des Saarkampfes hat der Führer diese Sätze geprägt und sich gegen den „bürgerslichen Glauben einer Germanisation“ aus einer grundjählichen Ablehnung des Gedankens der Assimilation gewendet. Diese Grundsätze sind auch bei der Behandlung der allerdings geringfügigen volksfremden Splitter im Reiche streng zur Durchführung gebracht. Der Nationalsozialismus betrachtet den Staat stets als Mittel zum Zweck der Bildung und Gestaltung des Volkes und seiner Substanz, niemals als Selbstzweck über das Volkstum hinweg. Erst aus dem Volkstum erhält der Staat seine Würde und seine Kraft. Hier liegt die Besonderheit des Nationalsozialismus im Unterschied zu anderen Herrschaftsformen.

In dieser den natürlichen, lebensgebundenen und blutbestimmten Grundlagen der Völkerordnung entsprechenden Haltung, wie sie im Dritten Reich weltanschaulich vertreten und praktisch verkörpert wird, liegt der Schlüssel zur Entwirrung der europäischen Nationalitätenverkrampfung. Der Blick auf eine Volkstumskarte Europas müßte die Staatsmänner der Welt belehren, daß hier nur ein solches neues Ordnungsgesetz helfen kann. Nur so können die zahllosen völkischen Fremdkörper ihrer Aufgabe der Zusammenarbeit und Bindung von Volk zu Volk, von Staat zu Staat aufgeführt und damit für eine europäische Ordnung fruchtbar gemacht werden. Besonders ist diese Aufgabe dort gegeben, wo von vornherein alle grenzpolitischen Spannungen wegfallen, wie z. B. bei den Volkstumsinseln des europäischen Ostens. Wir sehen hier ja auch, wie übrigens in manchen Überseegebieten, z. B. in Brasilien, einen deutlichen Willen zur Anerkennung gerade auch fremdvölkischer Leistung für den eigenen Staat. In Jugoslawien zeigen sich erfreuliche Ansätze zu einer gerechten Beurteilung und Behandlung der tüchtigen und staatsstreuenden deutschen Volksgruppe. In Rumänien würde ebenfalls keinerlei Notwendigkeit zu dem leider immer noch vorhandenen, weil künstlich aus politischen Gründen genährten Misstrauen bestehen. In den baltischen Ländern sind leider hier und da in den letzten Jahren hoffnungsvolle Ansätze zur Organisierung des kulturellen Eigenlebens der Deutschen wieder in Frage gestellt worden.

Grundätzlich vertreten erfreulicherweise ja schon alle Völker heute das Recht auf Erhaltung ihrer Außenposten und auf kulturelle Verbindung und gegenseitige Hilfe über Staatsgrenzen hinweg. Man erinnere sich nur daran, daß gerade in diesen Wochen wieder in ganz Polen eine von allen amtlichen Stellen und von den Führern des Staates unterstützte Sammlung zugunsten der Auslandschulen erfolgt. Der „Katechismus der Auslandspolen“ sagt u. a.: „Polen ist überall dort, wo Polen sind. Jeder Pole hat das selbe angeborene gleiche Recht der Zugehörigkeit zur großen polnischen Familie.“ Auch bei Litauern, Esten, Letten, Finnländern, Tschechen, Niederländern, Dänen, Schweden, Norwegern, ebenso wie bei den romanischen Völkern, den Franzosen und Italienern, hat der Anspruch auf den Schutz des Außenvolkstums zur Gründung von großen Volkstumsverbänden geführt. Mussolini hat der seit vielen Jahrzehnten bestehenden „Dante Alighieri-Gesellschaft“ einen prachtvollen Palast in Florenz geschenkt und diese Schenkung mit Glückwünschworten begleitet, in denen es u. a. heißt: „Wir schätzen Sie heute als eine unserer teuersten und ruhmvollsten Einrichtungen.“ Man sollte meinen, daß von einer solchen allgemein vorhandenen Anerkennung und Betätigung der Verbindung zum Auslandsvolkstum sich ein Weg der Neuordnung finden ließe, vielleicht auch zwischen den auf gleicher Linie in gleicher Liebe arbeitenden Verbänden der verschiedenen Völker. Dieser Weg zur Anerkennung eines zwischenstaatlichen Rechtes der Volkstumsverbindung ist sicherlich noch weit und dornig. Auf diesem Wege liegt die angebauten und notwendige Auseinandersetzung zwischen Staat und Volk in ihrer richtig gesehene, nicht zerstörenden, sondern fruchtbaren Spannung. Sobald einmal der Nationalitätenkampf befreit ist von den Drangsalierungen staatlicher Willkür, ist er auch entgiftet. Volk und Staat müssen ihren eigenen Lebensbeziehungen zurückgegeben werden, und ein höherer Ausgleich zwischen Volk und Staatlichkeit muß auch draußen aus dem Wesen des Volkstums und des Staates heraus gefunden werden. Den Kampf selbst, den Kampf von Volk zu Volk in ihren ineinander grenzenden Lebensräumen wird niemand jemals befechten können oder auch nur besiegen wollen. Kampf ist auch in den Völkerbeziehungen Leben, sobald er gelebt wird durch Mut und Gesetz seiner eigenen Kräfte. Im Sinne einer solchen sauberer und anständiger Lösing der Verwirrung und des Hasses von Jahrhunderten hat Reichsminister Rist vor zwei Jahren auf der Königsberger Tagung des VDA auch seine zukunftsweisende Rede in die Worte gefüllt lassen:

„Wenn ihr mit den brutalen Mitteln des Staates einer Volksgruppe das Recht nehmt und zerstört, dann vergreift ihr euch am Werke der Vorsehung selbst. Das alles wird zu Ende gehen, und darum geben wir auch heute die Worte heraus an die Völker und sagen: Es werde Frieden nicht nur zwischen den Staaten, es werde Frieden auch zwischen den Völkern. Folgt uns nach, und eine wahrhaft neue Welt der Wahrheit wird auferstehen, sie wird besser halten als das, was hinter uns liegt.“ *

Durch polnische Verhandlungen über Sozialversicherung.

Das Deutsche Nachrichten-Bureau meldet aus Berlin:

Eine polnische Delegation unter Führung des Abteilungsleiters im polnischen Ministerium für Soziale Fürsorge, Skolnicki, und seines Vertreters, des Ministerialrats Dr. Fischlwick, verhandelte in den letzten Tagen mit einer deutschen Delegation, die von Ministerialdirektor Dr. Engel vom Reichsarbeitsministerium geführt wurde. Die Verhandlungen hatten die Ergänzung des im Jahre 1933 geschlossenen Vertrages über Sozialversicherung zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Polen zum Gegenstand. Die beiden Delegationen haben sich auf ein Ergebnis geeinigt, das sie ihren Regierungen zur Genehmigung vorlegen werden.

Vergessen Sie nicht

das Abonnement auf die „Deutsche Rundschau“. Es ist die höchste Zeit. Alle Postagenturen und Postämter in Polen, unsere Filialen und die Geschäftsstelle nehmen Abonnements für den Monat Februar entgegen.

Bezugspreise am Kopfe der Zeitung vermerkt.

„Die Ausrüstung ist das oberste Ziel der Anstrengungen Polens.“

Eine gewichtige Erklärung des Kriegsministers in der Haushaltssession des Sejm.

In den Staatshaushalt-Beratungen der beiden gesetzgebenden Kammern nimmt die Aussprache über das Heeres-Budget in steigendem Maße eine Sonderstellung ein. Die Aussprache beschränkt sich auf grundsätzliche Feststellungen und Erklärungen, die einen feierlichen Charakter erhalten. Insbesondere werden zwei Momente mit größtem Nachdruck hervorgehoben: die enge Verbundenheit der Volksgemeinschaft mit dem Heer und die hohe Autorität des Obersten Feldherrn, die sich auf das unbedingte Vertrauen der gesamten Volksgemeinschaft stützt. Eine Beratung der Haushaltssession des Sejm, die am letzten Sonnabend das Budget des Kriegsministeriums behandelte, wies dieselben Merkmale auf, hatte aber überdies noch eine besondere Note dadurch erhalten, daß von autoritärer Seite eine gewichtige Erklärung über die im Angriff genommene Arbeit an der Ausrüstung Polens abgegeben wurde.

Die Beratungen eröffnete das Referat des Abg. Starzak über das Budget des Kriegsministeriums. Der Vorschlag sieht für das Wirtschaftsjahr 1937/38 Ausgaben in der Gesamtsumme von 768 Millionen Złoty vor, ein Etat, das seit vier Jahren unverändert ist.

Nach dem Referat des Abg. Starzak begaben sich die Mitglieder der Haushalt- und Militärrkommission des Sejm auf Einladung des Kriegsministers nach Krakau zur Besichtigung der staatlichen Flugzeug-Werke. An der Besichtigung nahmen der Kriegsminister, weiter die Unterstaatssekretäre im Kriegsministerium General Gruchowski und General Litwinowicz, der Chef des Departements für das Flugwesen General Raszki, sowie eine Reihe von höheren Offizieren teil.

Nach der Wiederaufnahme der Beratungen in der Kommission ergriff der Kriegsminister das Wort.

Die Rede des Kriegsministers

General T. Kasprzycki.

Der Kriegsminister bemerkte einleitend, daß er in Ansehung der im Referat des Abg. Starzak enthaltenen eingehenden Aufklärungen, sich in seiner Rede bloß auf die grundsätzliche Frage der Ausrüstung beschränken wolle und führte dazu aus:

„Polen, das sich infolge seiner anderthalb Jahrhunderte währenden Unfreiheit normal nicht zu entwickeln vermochte, das sieben Kriegsjahre durchgemacht hat, empfindet ungemein viele Mängel und hat ungeheure Bedürfnisse, auf jedem Gebiet im Hinblick auf die Aufgabe, die harmonische Entwicklung des Staates und der Nation sicherzustellen. Die Mittel, die gegenwärtig zur Verfügung stehen, sind ungenügend. Unter diesen Umständen muß eine ausdrückliche Rangordnung der Bedürfnisse eingeschärfzt werden. An die Spitze müssen in der gegebenen Periode diejenigen Bedürfnisse gestellt werden, welche die Behauptung der Existenz des Staates garantieren, die Grundlage der normalen Entwicklung der Nation, die Unabhängigkeit ihres staatlichen Organismus sichern.“

„Die nationale Wirtschaft wird dann eine ausdrücklich abgezeichnete Richtung erlangen, was einer Bersplitterung der Anstrengungen und Hilfsmittel vorbeugen wird. Ihre Konzentration auf diesen Hauptzweck unter gleichzeitiger Abschwächung anderer Aufgaben wird dagegen zu raschen Ergebnissen führen, welche in heilsamer Weise die Kraft und den Wert des Staates auf dem als grundlegend angesehenen Abschnitt konsolidieren.“

Ich brauche nicht nachzuweisen, daß in der gegenwärtigen internationalen Konjunktur — einer Konjunktur, die schon aus technischen Gründen Jahre dauert und dauern wird — die hauptsächliche Aufgabe, welche Polen zur Sicherung der Existenz des Staates lösen muß — die Behauptung eines gehörigen Platzes in Europa hinsichtlich des Kriegspotentials ist. Das führt dazu, daß an die Spitze der Mobilisierung unserer finanziellen Mittel, der Einfestung unserer Nationalwirtschaft, der Orientierung unserer Anstrengungen auf jedem Gebiet des Lebens des Staates und der Volksgemeinschaft категорisch die Sache der raschen Entwicklung der Wehrkraft des Staates gesetzt wird, nämlich einer derartigen Ausrüstung, damit das Beträsten uns nicht in die Rolle eines passiven Instruments in den Händen fremder Interessen verdrängt.“

Die Orientierung unserer Arbeiten nach dieser Richtung hin läßt keineswegs andere Gebiete und verbleibt nicht ohne Einfluß auf die Realisierung anderer Aufgaben, die vor Polen stehen. Unser Staat befindet sich unter dem Druck des steigenden Angebots arbeitender Hände und angesichts des von Jahr zu Jahr fortbreitenden natürlichen Bevölkerungszuwachses; das verschärft die sozialen Schwierigkeiten und steigert die Spannung der Arbeitslosigkeit. Nun schafft die Orientierung der Kraftanstrengung hauptsächlich auf die Steigerung der Verteidigungskräfte des Staates ausdrücklich eine Konjunktur, die Rüstungskonjunktur, welche sich unbedingt in ganz besonderer Weise auf die Belebung des wirtschaftlichen Lebens auswirken wird.

Unsere Rüstungsanstrengung ist naturgemäß allseitig und kommt in einer großen industriellen Investitionsbewegung zum Ausdruck. Neben der Entwicklung der ausgedehnten Kriegsindustrie zieht sie eine Reihe von erweiterten Zweigen zur Mitarbeit heran und bewirkt automatisch die Steigerung des Verbrauchs auf dem Innemarkt. Wir sind daher aus grundsätzlichen Gründen, wie auch um die Konsequenzen willen — verpflichtet, den Schwerpunkt der Arbeiten und Anstrengungen auf die Steigerung der Verteidigungskraft Polens zu verlegen.“

Umfang und Bereich dieser Aufgaben sind so groß, daß spezielle außerordentliche Mittel erforderlich sind. Das erkennen sowohl die gesetzgebenden Kammern wie auch die Regierung an. Das Budget des Kriegsministeriums, das seit einigen Jahren unverändert ist, reicht nicht hin!

„Sie haben, meine Herren, unzweckhaft die Zahlen in Erinnerung, welche das Beträsten, die Budgets und die außerordentlichen Kredite, die von den anderen Staaten für diesen Zweck mobilisiert werden, illustrieren. Man spricht dort nicht von Hunderten von Millionen, sondern von Milliarden.“

„Die Sache ist jedoch für Polen nicht hoffnungslos. Unsere Anstrengung kann und muß nicht den Unternehmungen der Staaten, die uns interessieren, absolut angeglichen sein. Diese Staaten haben schwere Aufgaben, und eine Reihe von Elementen bewirkt die Neutralisierung ihres Übergewichts. Unsere Anstrengung reduziert sich auf die Errichtung eines gewissen unentbehrlichen Niveaus, das in einer bestimmten Zeit gewiß zu erreichen ist, wenn wir in dieser Zeit die Mittel und Arbeiten rationell ansetzen und konzentrieren.“

„Im vorigen Jahr haben sowohl Sie, meine Herren, wie auch ich es als unmöglich erachtet, durch eine eingehende Aussprache über unsere Arbeiten, den Charakter der Zielsetzungen

in den einzelnen Etappen der die Verteidigungskraft Polens ausbagenden Anstrengung zu enthüllen. Es ist dies eine Methode, welche besonders beißlich von unseren Nachbarn angewandt wird, was bezeugt, daß die für das Heer bewilligten Kredite eine strikt vertrauliche Behandlung im Budgetvoranschlag erfordern. Daher wurde der jetzt der Hohen Kommission vorgelegte Budgetvoranschlag für das Jahr 1937/38 in einer anderen Zusammenstellung, als der bisher verpflichtenden ausgearbeitet.“

„Wir haben gemeinsam erkannt, daß die aus dem normalen Budget zur Verfügung stehenden Mittel in keinem Fall ausreichen können. Das normale Budget ist in bedeutendem Maße ein Verbrauchs-Budget. Unter diesen Bedingungen konnte bei einem unveränderten Budget die Erhöhung der Materialausgaben des Heeres ausschließlich im Wege von Ersparnissen an den Verbrauchsangaben erfolgen. Die auf diesem Wege erzielten Ersparnisse wurden im Einklang mit dem Finanzgesetz im Verlauf der Durchführung des Budgets den Materialzwecken zugewendet. Diese Quelle wurde jedoch, infolge der seit zwei Jahren sehr intensiv betriebenen Einsparungsaktion, bereits erschöpft, während nach Maßgabe der Entwicklung der Kräfte neue Lebensbedürfnisse anwachsen müssen.“

„Sogar in der kommenden Periode müssen von dem Augenblick an, da die zusätzlichen Mittel für Kriegsmaterial mobilisiert sein werden, weitere neue Bedürfnisse entstehen, die u. a. in gewissen Änderungen und in der Erhöhung der Stände in der dem vorgelegten Budgetvoranschlag beigefügten Tabelle zum Ausdruck kommen werden.“

„Von dem Augenblick an, da die Notwendigkeit anerkannt ist, die Hauptanstrengung der Ausrüstung Polens zu widmen, sind von der Regierung Arbeiten in Angriff genommen worden, um außerordentliche Mittel außerhalb des Budgets zu mobilisieren. Ich überlege die in beschränkten Ausmaßen gemachten Anstrengungen, welche mit den Einsparungsverschiebungen im Budget des Kriegsministeriums, mit gewissen Kreditoperationen zusammenhängen. Schon jetzt, vor der französischen Anleihe, haben sie gestattet, unsere Armee auf den Stand zu bringen, den Lemberg im vorigen Jahre auf der Truppenrevue nach den Manövern und Warschau am 11. November v. J. gesehen haben. Die Regierung ist außerdem in den letzten Monaten in diesem Bereich an die Arbeit herangetreten. Dank der persönlichen Anteilnahme des

Obersten Feldherrn gelang es, rasch und vorteilhaft ein Abkommen über eine mehr als eine halbe Milliarde betragende französische Auleihe abzuschließen. Gegenwärtig bringt die Regierung in die Kammern ein Gesetz ein, welches die Regierung zur Mobilisierung weiterer Mittel ermächtigen wird.“

„Es ist dies eine teilweise Realisierung. Die Regierung geht vorsichtig und etappenweise vor, wobei sie vom Ausgangspunkt die Notwendigkeit der Erhaltung des Wertes unserer Währung nimmt, sie hat sich aber entschieden auf den Standpunkt gestellt, daß es notwendig ist, die Sache der Ausrüstung an die Spitze zu setzen und sie hat daher in dieser Richtung alle zur Verfügung stehenden materiellen und finanziellen Mittel angeboten.“

„Die Aufgabe, die vor uns steht, ist ohne Zweifel schwierig, der Weg zum Ziel ist indessen zu bewältigen. Ist es doch ein näherer und leichterer Weg, als derjenige, den wir alle zurückgelegt haben seit der Zeit der ersten Kämpfe und Arbeiten und insbesondere wir beide mit dem verehrten Vorstand dieser Hohen Kommission von dem Augenblick der Übungen der armeligen Brüder — Abteilung von Emigranten — vor dem Kriege auf dem Mont Salève bei Genf — bis zu diesem Saal, wo wir über die Mobilisierung von weiteren Hunderten von Millionen für die Verteidigung des schon unabhängigen Polen beraten.“

„Ich versichere Sie, meine Herren, daß die Verwendung dieser Mittel eine möglichst zweckmäßige und rationale sein wird. Die Kontrolle wird weiterhin alle Möglichkeiten haben, die Ausgaben aus dem Heeresbudget, wie auch der außer budgetären Summen zu analysieren, während die detaillierte Verrechnung weiterhin der Obersten Kontrollkammer vorgelegt werden wird. Als Gewähr der gehörigen Bewertung der von der Volksgemeinschaft der Armee zur Verfügung gestellten materiellen Mittel dient die Person und die große Autorität des Obersten Feldherrn, des Herrn Marschalls Smigly-Rydza, der als Vorsitzender der großen Missionen und als Nachfolger des ersten Marschalls Polens auf Grund der Verordnung des Herrn Präsidenten der Republik vom 9. Mai 1936 betreffend die Befehlsgewalt über die bewaffneten Kräfte und die Organisation der obersten Militärbehörden zur Friedenszeit, — vollkommenen Eindruck auf die Richtung der Arbeiten hat, die der Entwicklung der Kriegskräfte der Republik gewidmet sind.“

Der Rede des Kriegsministers folgte eine kurze Aussprache, in welcher alle Redner, die Vertreter der nationalen Minderheiten einzubeziehen, ihr unabdingbar positives Verhältnis zum Heere betonten. Nach Erhöhung der Aussprache stellte der Vorsitzende die Annahme des Budgets des Kriegsministeriums fest.

Fürst Radziwill:

„Wir suchen nicht gerechte, sondern starke Leute!“

Die Beratungen des Haushaltsschusses des Senats über das Budget des Justizministeriums wurden mit einer längeren Rede des Senators Fürst Radziwill eingeleitet, in der er sich eingehend mit der Rolle dieses Ressorts beschäftigte.

„Die ganze Welt“, so sagte er u. a., „also auch wir, durchleben eine tief ideelle und politische Krise, die auch auf dem Gebiet des Rechts ihren Niederschlag finden mußte. Sogar der Ausdruck „Gerechtigkeit“ hat die Autorität verloren, die er bisher besessen hat. Wir suchen nicht gerechte, sondern starke Leute. Soweit es sich um die gesetzgeberische Tätigkeit handelt, so entsteht das bei uns herrschende rechtliche Chaos aus der Gesetzgebung, die von den Teilungsmächten geerbt wurde, und dann aus unserer eigenen nicht durchdachten und chaotischen gesetzgebenden Tätigkeit. Um sich in Zukunft vor dem Chaos in dieser Beziehung zu bewahren, ist die Zusammenarbeit der gesetzgeberischen Abteilung des Justizministeriums mit den anderen Ressorts erforderlich.“

Der Redner stellte dann Vergleiche zwischen der Bevollung eines Burgrichters und der eines Kommandanten der Staatspolizei an und meinte, man könnte noch krassere Beispiele anführen: der Richter hat ein geringeres Einkommen als der Diener in einer staatlichen Waffenfabrik.

Der Referent des Haushalts gab im Anschluß hieran einen Überblick über die in Vorbereitung befindlichen

Gesetze zur Änderung der Gerichtsverfassung und des Strafrechts.

Die geplante Novellierung soll, so sagte er, die überflüssige Formalistik beseitigen, das Verfahren vervollkommen und beschleunigen und dem Gericht die besten Bedingungen zur Gründung der materiellen Wahrheit schaffen. Die Novellierung soll folgende Probleme betreffen:

1. Aufhebung der Institution der Schwurgerichte (ein entsprechender Entwurf ist bereits vom Ministerrat genehmigt worden).
2. Erweiterung der sachlichen Zuständigkeit des Burggerichts.
3. Eine Reform des Vorverfahrens, die verbunden ist mit einer Erweiterung der Ermächtigungen des Staatsanwalts und der Staatspolizei.
4. Aufhebung der bestehenden Bestimmung über den Widerspruch zur Anklageschrift.
5. Erweiterung der Möglichkeit einer Urteilstafel in Abwesenheit des Angeklagten.
6. Vervollkommenung des Verfahrens vor dem Obersten Gericht u. a. durch Erweiterung der Möglichkeit der Kassation in einer nicht öffentlichen Sitzung.
7. Änderung einiger Bestimmungen über das Vollstreckungsverfahren.
8. Heraushebung des Vorschusses der in Privatkasesachen hinterlegt wird.

Von den anderen gesetzgeberischen Arbeiten befindet sich auf dem ersten Plan der Entwurf eines Pressegesetzes und eines Journalistengesetzes. Der gegenwärtige Sachstand auf diesem Gebiet entspricht, so betonte der Berichterstatter, durchaus nicht den Forderungen der staatlichen Rechtsordnung und wird sowohl von der Presse als auch von den Gerichten und den Verwaltungsbehörden empfunden, da jedes Teilstück besondere Gesetze auf diesem Gebiet hat. Eine solche Verschiedenartigkeit in der Gesetzgebung der Presse muß (?) ein Chaos (?) zur Folge haben. Die Einführung eines einheitlichen Pressegesetzes ist daher eine dringende Sache. Dieses Gesetz müßte der Willkür, die bis jetzt auf diesem Gebiet herrscht, ein Ziel setzen und lediglich der heutigen polnischen Wirklichkeit entsprechen, sowie den Grundsatz der Presselfreiheit mit dem Grundsatz der vollen Verantwortlichkeit dieser Freiheit in

Einklang bringen. Die bisherigen Versuche, das Pressegesetz zu unifizieren, haben ein positives Ergebnis nicht gezeigt. Jetzt hat der Justizminister eine besondere Kommission zur Vorbereitung eines entsprechenden Entwurfs ins Leben gerufen. Die Arbeiten dieser Kommission sind im Gange, so daß man noch nicht von den Grundzügen sprechen kann, auf die sich das neue Projekt stützen wird.

Auflösung der Majorats.

Das von uns bereits vor längerer Zeit angekündigte Gesetz über die Auflösung der Majorate bildete neulich den Gegenstand der Beratungen des Rechtsausschusses des Sejm. Aus dem Bericht des Autragsstellers, des Abg. Miedziński geht hervor, daß insgesamt noch 59 derartige rechtlich besonders geschützte Familienbesitzungen in Polen bestehen, von denen jedoch nur fünf Majorate der Familien Radziwill, Zamyski und Wielopolski noch vor der Teilung des alten polnischen Staates entstanden waren. Dieser älteste gefestigte Familienbesitz sowie die Familienstiftungen, die öffentlichen Zwecken dienen, sollen bei der Neuregelung eine gewisse Vorzugsstellung erfahren. Alle privaten Majorate kommen nach diesem Entwurf nach und nach zur Auflösung, wodurch die Agrarreform, vor allem in den Ostgebieten eine Erleichterung erfahren soll.

Prinzessin Julianne bleibt noch in Polen.

Wie die polnische Presse aus maßgebender Quelle berichtet hat sich die holländische Kronprinzessin Julianne entschlossen, noch einige Tage in Polen zu bleiben. Die Vorbereitungen zur Abreise wurden bereits abgesagt. Die Prinzessin erklärte, daß sie jetzt, nachdem sie vollständig wiederhergestellt ist, (die Thronfolgerin war an einer Grippe erkrankt) die schönen polnischen Berge kennenzulernen und sich dem Genuss des Sports hingeben möchte. Die holländischen hohen Gäste haben bereits eine Reihe der an sie von prominenten Persönlichkeiten ergangenen Einladungen angenommen. In dieser Woche begibt sich Prinz Bernhard nach Rawojsko bei Raw-Sandec zum Grafen Stanisław zur Repräsentationsjagd auf Wildschweine. Nach diesem geplanten Aufzug begibt sich das holländische Paar in den nächsten Tagen nach Zakopane zu einem zweitägigen Aufenthalt, wo es in einer Privatvilla Wohnung nehmen wird, die ihm im ganzen zur Verfügung gestellt worden ist. Vorgesehen sind auch noch andere Ausflüge u. a. nach Krakau.

Wie die Kronprinzessin erklärte, gefällt es ihr jetzt sehr, da sie sich dadurch, daß man aus Krynica die aufdringlichen Sinooperatoren und Photographen entfernt hat, frei bewegen kann. Prinz Bernhard besucht augenblicklich in Krynica die Tanzsäle. Vor einigen Tagen war er mit der Kronprinzessin auf einem Modeball in der „Patria“, wo das junge Paar noch wohnt.

Anschlag gegen Stalin?

Die Moskauer Berichterstatter englischer Zeitungen geben Gerüchte über einen Anschlag auf Stalin wieder, der vor zwei Tagen stattgefunden haben und bei dem Stalin durch einen Revolverschuß schwer verletzt worden sei soll. Der Attentäter, so melden die Korrespondenten, ist angeblich der frühere Sekretär des sowjetischen Diktators. Im Zusammenhang damit sollen die Marschälle Wołoszilow und Blücher nach Moskau berufen worden sein. In Moskau, so schließen die Blätter ihre sensationelle Meldung, herrsche allenthalben große Erregung, die durch die plötzliche Verhaftung von drei hohen Würdenträgern der Partei und des Staates, deren Namen jedoch nicht genannt werden, noch vermehrt wird.

Die Wirtschaft im Zeichen des Karnevals.

Wirtschaftliche Rundschau.

Wintersaaten stark gefährdet.

Die Nachrichten über den Stand der Wintersaaten, die aus den verschiedenen Teilen Polens eingehen, haben in Wirtschaftskreisen erhebliche Besorgnis hervorgerufen. Die Wetterverhältnisse drohen, sich katastrophal auf die Wintersaaten auszuwirken. Schuld daran trägt erstens die Wärme im Dezember und Anfang Januar, das Rehen von Schnee, so daß die Saaten dem jetzigen Frost einbruch unbarthig ausgesetzt sind. Vor allem ist es in einzelnen Gebieten das Getreide, das schwer betroffen wurde.

Etwas besser ist es im Vorgebirgsland bestellt, da dort eine ziemlich dicke Schneedecke vorhanden ist. Auch in einzelnen Flachlandgebieten, die durchlässigen Boden haben und wo früher gesät wurde, liegt die Saat günstiger.

In Gegenden, wo später gesät wurde, ist die Lage bedrohlich. Scharfe Winde haben die leichte Schneedecke, die hier und da noch lag, weggestegt, so sogar die infolge des Frostes spröde gewordene Erde mitgerissen, so daß die Körner dem Frost voll ausgesetzt sind.

Gute Beschäftigung der Danziger Werften.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Wir haben wiederholt über die bedeutenden Neubauten der Danziger Schiffswerft berichtet, die auch weiterhin in mehreren Schichten voll beschäftigt ist. Der neueste Auftrag ist zugleich eine Anerkennung der hervorragenden Leistungsfähigkeit der Werft. Die Hafenbehörde von Shanghai hat nach dem Erfolg, mit dem der von der Werft 1935 gelieferte Saugbagger in der Yangtze-Mündung arbeitet, der Werft einen zweiten, noch größeren Saugbagger dieser Art mit 10.000 cu. Meter Wasserdrägung in Auftrag gegeben.

Im letzten Jahre hat auch die Beschäftigung der Danziger Werft im Schiffbau endlich wieder einen bedeutenden Aufschwung genommen, der auch im neuen Jahre anhält. Besonders erfreulich ist dabei, daß endlich auch Polen sich bei der Vergabe seiner Aufträge, wenn auch in bescheidenem Maße, sich dieses großen Danziger Unternehmens, an dem es bekanntlich selbst beteiligt ist, erinnert hat. So wurde ein 700-Do.-Hochseeschlepper an Polen geliefert, der gleichzeitig Eisbrecher, Bergungsboot und Feuerlöschschiff ist. Er trägt den Namen "Tytan" und ist in der Tat zurzeit der stärkste Schlepper in den Danziger polnischen Gewässern. Zurzeit ist ein 500-Do.-Ölank-Leichter für Polen in Bau. Die Gdynia-Amerika-Linie ließ ihre Schiffe "Kosciusko" und "Pulafla" auf der Werft überholen und der Dampfer "Polonia" fordernde Segel von Griechenland aus von der Werft Fachleute für notwendige Arbeiten an. Über keinen erdrückenden Auftragsbestand haben die Trawl-Werstätten der Werft sich zu beklagen, die bekanntlich nur für die polnischen Eisenbahngesellschaften arbeiten. Die Schiffbauabteilung hat im übrigen Aufträge von Danzig, Deutschland, Norwegen (zwei 9000-Do.-Motor-Frachtschiffe) und Südamerika (einen starken Hochseeschlepper und Eisbrecher).

Danzigs seewärtiger Warenverkehr 1936.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Nunmehr liegen auch die amtlichen Ziffern über den Danziger Hafenverkehr 1936 vor. Wir legen sie zum Vergleich mit früheren Jahren wie folgt ein. In Tonnen:

| | 1936 | 1935 | 1934 |
|-----------|-------------|-------------|-------------|
| Einfuhr | 953 153,6 | 778 582,5 | 655 762,6 |
| Ausfuhr | 4 675 001,6 | 4 324 246,1 | 5 713 131,0 |
| Insgesamt | 5 628 155,2 | 5 102 778,6 | 6 368 943,6 |
| | | | |
| 1933 | 493 167,3 | 428 102,8 | 754 299,8 |
| Einfuhr | 4 059 808,0 | 5 047 948,7 | 7 576 204,8 |
| Ausfuhr | 5 152 975,8 | 5 476 051,0 | 8 390 504,6 |

Für den Schiffsvorkehr auf der Nogat

Jetzt, wie unser Danziger Mitarbeiter meldet, vom 1. Februar völlig neue Bestimmungen, soweit die Nogat Danziger Gebiet betrifft. Der Senat hat auf Antrag des Danziger Hafenschutzes eine umfangreiche Polizeiverordnung erlassen, die den Verkehr auf der Danziger Nogat im Interesse der Sicherheit regelt. Da Schiffsführer einen Abdruck dieser Polizeiverordnung beim Verkehr auf der Danziger Nogat mit sich führen müssen, empfiehlt es sich, daß Schiffsführer sich die Sonderausgabe Nr. 7 zum Staatsanzeiger vom 22. Januar beschaffen. In dieser Nummer sind auch Muster für die vorgeschriebene Mannschaftsrolle und die farbigen Abbildungen der Fahrwasser-Berechnungen und Reichen enthalten. Die Verordnung gilt für die Nogat von der Abweitung aus der Weichsel bis zur Einmündung in das Frische Haff.

Gegen Errichtung eines Kaffeenthüllungswerkes in Gdingen.

Den vor einiger Zeit gestellten Antrag auf Genehmigung eines Werkes zur Kaffeenthüllung in Gdingen, das eine monopolistische Stellung einnehmen sollte, hat das polnische Handelsministerium dem Verband der Industrie- und Handelskammern zur Begutachtung vorgelegt. Der Verband hat sich entschieden gegen den Plan ausgesprochen und auf die Folgen der Errichtung eines solchen Werkes hingewiesen, die eine Verringerung der Einnahmen des Hafens, eine Erhöhung der Kaffeepreise und das Entstehen eines unerwünschten Kaffeemonopols bringen würde. Es habe auch keinen Zweck, einem solchen Unternehmen irgend welche Zolls- und Devisenerleichterungen zu gewähren. Ferner führt Brasilien Polens Hauptlieferant nicht enthaltenden Kaffee überhaupt nicht aus, und eine Abkehr vom brasilianischen Kaffee könne den Verlust des brasilianischen Marktes für die polnische Ausfuhr bedeuten.

Wirtschaftsnachrichten.

Neuenburg (Nowe). Zwangsversteigerung des in Lipinki belegenen und im Grundbuch Lipinki, Band XVI, Blatt 365, Anh. Antoni Baranek in Krupocin eingetragenen Bäckereigrundstücks, am 20. Februar 1937, 9 Uhr, im Bürgergericht. Schätzungspreis 6828,70 Zloty.

Stargard (Starogard). Zwangsversteigerung des in Linowiec belegenen und im Grundbuch Linowiec, Blatt 28, Anh. Paweł Holsz eingetragenen landwirtschaftlichen Grundstücks von 42,59,80 Hektar, am 27. Februar 1937, 10.30 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 14. Schätzungspreis 42 500 Zloty.

Stargard (Starogard). Zwangsversteigerung des in Stargard, ul. Browarowa, belegenen und im Grundbuch Stargard, Blatt 125 und 126, Anh. Adolf Behrendt in Stargard eingetragenen Wohn- und Geschäftshaus am 27. Februar 1937, 11 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 14. Schätzungspreis 16 000 Zloty.

Stargard (Starogard). Zwangsversteigerung des in Czarnawoda belegenen und im Grundbuch Czarnawoda, Blatt 13, Anh. Franciszek Szabelski eingetragenen landwirtschaftlichen Grundstücks von 1,17,10 Hektar am 27. Februar 1937, 10 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 14. Schätzungspreis 11 000 Zloty.

Wienmarit.

London, 25. Januar. Amtliche Notierungen am engl. Baconmarkt für 1 cwt. in engl. Sh. Polnische Bacons Nr. 1 sehr mager 83, Nr. 2 mager 81, Nr. 3 - 78, Nr. 1 schwere sehr mager 82, Nr. 2 mager 80, Sechser 81. Polnische Bacons in Hull 77-82, in Liverpool 82-87. Bei mäßigen Aufnahmen, schwacher Marktverlauf.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

In München fand der erste Internationale Karnevalskongress statt. Was sich dort über Tollheiten, die Karnevalsspringen, zu erzählen hatten, interessiert den Wirtschaftsschreiber ja nicht. Aber es ist bemerkenswert, daß auf diesem Kongress von einem aus der der Karnevalstadt Düsseldorf entsandten Vertreter, dem Stadtrat Horst Ebel, Prinz Karneval als Auftraggeber der Wirtschaft beleuchtet wurde. Diese Anstrahlung ließ den Prinzen nicht gerade in einem schlechten und bedenkungslosen Licht erscheinen. Gaststättengewerbe, Brauereien, Weinhandlungen und Winzer verbrachten jedenfalls mit Genugtuung, daß beispielsweise im Februar 1936 in Düsseldorf der Umsatz an Bier gegenüber normalen Monaten um 20 Prozent und bei den sonstigen neuverpflichteten Getränken um 64 Prozent stieg. Das Spezialindustrien, wie z. B. die Anfertigung von Scherzartikeln, abgesehen vom Silvester, fast ganz vom Karneval leben, ist verständlich. Die Fabriken, die Scherzartikel herstellen und die ihren Hauptstand in Thüringen und in Sachsen haben, erreichen 80 bis 90 Prozent ihres Jahresumsatzes in den Wochen, die kurz vor Silvester beginnen und in der Regel im Februar zu Ende gehen. Den Vorteil davon haben übrigens auch viele Heimarbeitersfamilien, die auf dieses Geschäft geradezu angewiesen sind. Übrigens ist der deutsche Karnevalsscherzartikel ein Ausfuhrerug, das Deutzen bringt. Die Leipziger Messe ist der internationale Markt dafür. Am übrigen vermerken die Papierindustrie, die Druckerei, die Textilindustrie (wegen der Karnevalskostüme und der Säulendekorationen) und das Fremdenverkehrsgewerbe den Karneval in ihren Büchern auf der Seite der gewinnbringenden Aktiva.

Gegenteil, sie blieb zurück. Der große Aktivsaldo, der sich in der Handelsbilanz ergibt, ist zu einem erheblichen Teil durch die bestehenden Zahlungsverpflichtungen, z. B. durch die Liquidation des deutsch-französischen Berechnungsabkommen, aber auch zur Abtragung der auf verschiedene anderen Berechnungskonten aus früheren Warenbezügen entstandenen Debtsalden und zur Erfüllung laufender Verpflichtungen aus dem Kapital- und Reiseverkehr in Anspruch genommen worden.

*
Die industrielle Weltproduktion steigt. Sie liegt 1936 mengenmäßig nahezu um 15 Prozent über dem Stand von 1928 und mindestens 6 Prozent über dem von 1929. Dem Wert nach steht sie allerdings noch um 20 Prozent darunter, da die derzeitigen Preise erheblich niedriger sind als damals. Ammerhin ist der Wert der industriellen Weltproduktion für 1936 mit 300 Milliarden RM veranschlagt. Viele der alten Industrieländer, namentlich die Vereinigten Staaten von Amerika und die Länder des früheren Goldblocks haben aber ihren einstigen Anteil an der Weltproduktion noch nicht wieder erlangt.

*
Die Engländer betrachten mit einiger Sorge ihre Handelsbilanz. Der Einführungsbilanz, der 1935 rund 275 Millionen Pfund Sterling betrug, ist auf 248 Millionen gestiegen. Zweifellos ist sie immer häufiger erwähnt werden. Die Notwendigkeit weltwirtschaftlicher Zusammenarbeit in englischen Ministerreden darauf zurückzuführen, daß die englische Ausfuhr nicht recht vorwärts kommt.

*
Durch die Gründung der deutsch-italienischen Bergwerksgesellschaft, der die Errichtung der abessinischen Erzvorräte aufliegt, und durch die aktive Mitarbeit deutscher Wissenschaftler und Techniker bei der Lösung dieser Aufgabe wird möglicherweise in absehbarer Zeit die Verjüngung Deutschlands mit gewissen industriell wichtigen Metallen eine Besserung erfahren. Die Welt macht sich im übrigen einige Sorgen um die noch vorhandenen Reserven bestimmter Metalle. So sollen die Rundstätten für Chrom und Blei nur noch für 9, die von Zink nur noch für 18 Jahre ausreichen. Am Licht solcher Befürchtungen gewinnen die deutschen Bemühungen, vollkommen neue Werkstoffe in die industrielle Verarbeitung einzuführen, erhöhte Bedeutung.

*
Die zweite Pelzauktion in Wilna. Vom 12. bis 14. dieses Monats fand in Wilna die zweite Pelzauktion statt, die hauptsächlich von polnischen Kaufleuten besucht wurde. Auch mehrere Käufer aus Deutschland und Frankreich waren gemeldet. Die zur Versteigerung gelangten Pelzfelle hatten einen Wert von mehreren hundertausend Złoty, doch sind die Umläufe nicht sehr hoch gewesen und auch nicht alle angebotene Ware konnte an den Mann gebracht werden. Die nächste Auktion findet in Wilna am 8. und 9. Februar statt.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im "Monitor Polisi" für den 26. Januar auf 5,9244 Zloty festgestellt.

Der Zinsatz der Bank Polisi beträgt 5%, der Lombardatz 6%.

Warthaer Börse vom 25. Januar. Umsatz, Verkauf — Rauft. Belgien 89,00, 89,18 — 88,82, Belgrad —, Berlin —, 212,78 — 211,94, Budapest —, Burszt —, Danzig —, 100,20 — 99,80, Spanien —, Holland 289,50, 290,20 — 288,80, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen 115,75, 116,04 — 115,46, London 25,92, 25,99 — 25,85, New York 5,28%, 5,29% — 5,27, Oslo 130,20, 130,53 — 129,87, Paris 24,65, 24,71 — 24,59, Prag 18,45, 18,51 — 18,41, Riga —, Sofia —, Stockholm 133,70, 134,03 — 133,37, Schweiz 121,00, 121,30 — 120,70, Helsingfors —, 11,48 — 11,42, Wien —, 99,20 — 98,80, Italien 27,88, 27,98 — 27,78.

Berlin, 25. Januar. Amtl. Devisenkurse. New York 2,488—2,492, London 12,20—12,23, Holland 138,19—138,47, Norwegen 61,32 bis 61,44, Schweden 62,90—63,02, Belgien 41,91—41,99, Italien 13,09 bis 13,11, Frankreich 11,605—11,625, Schweiz 56,92—57,04, Prag 8,651 bis 8,669, Wien 48,95—49,05, Danzig 47,04—47,14, Warshaw —.

Die Bank Polisi zahlt heute für: 1 Dollar, große Scheine 5,28%, Bl. dto. l. Scheine 5,26 Bl. Kanada — Bl. 1 Bid. Sterling 25,83 Bl. 100 Schweizer Franken 120,0 Bl. 100 französische Franc 24,57 Bl. 100 deutsche Reichsmark in Papier 119,00, in Silber 122,00 Bl. in Gold 212,30 Bl. 100 Danziger Gulden 99,80 Bl. 100 tschech. Kronen 15,8 Bl. 100 österreich. Schillinge 95,00 Bl. holländischer Gulden 288,50 Bl. belgisch. Belgas 88,75 Bl. ital. Lire 23,50 Bl.

Effektenbörse.

Posen Effekten-Börse vom 25. Januar. 5% Staatl. Konvert.-Anleihe grüne Posten 53,00 G. 4% Prämiens-Dollar-Anleihe (S. III) 46,5 + 8% Obligationen der Stadt Polen 1926 — 5% Pfandbriefe der Weitpolnischen Kredit-Ges. Polen — 5% Obligationen der Kommunal-Kreditbank (100 G. Bl.) — 4% umgeg. Pfandbriefe Bielitz-Pfandbriefe d. Pol. Landchaft 1. Gold 47,50 + 4% Blotz-Pfandbriefe der Poln. Landchaft Serie I 47,00 B. 4% Konvert.-Pfandbriefe der Posener Landchaft 41,00 G. Bank Czestowitwa (ex. Divid.) 107,00 G. Bank Polsi Piechow. 8. abr. Wap. i. Cem. (30 Bl.) — Tendenz: behauptet.

Warthaer Effekten-Börse vom 25. Januar. Bank Politi 108,75, 4% Dollar-Prämiens-Anleihe —, 4% Konkordierungs-Anleihe (1936) 51,00, 5% Staatliche Konvertierungs-Anleihe (1924) 53,00, 3% Prämiens-Investitions-Anleihe 64,50, in Serien 83,50, 4% Blotz-Pfandbriefe d. Pol. Landchaft —.

Produktionsmarkt.

Amtliche Notierungen der Posen Getreidebörsen vom 25. Januar. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty:

Transaktionspreise:
Roggen 30 to 21,60 Hafer 30 to 19,80
Hafer 30 to 20,00 75 to 19,75
30 to 19,85 30 to 19,65

Richtpreise:
Weizen 25,50—25,75 Leinamen 43,00—46,00
Roggen, gel., trocken 21,15—21,50 blauer Mohn 65,00—69,00
Brauerei 25,50—26,50 blaue Lupinen —
Gerste 67,75 g/l. 24,00—24,75 blaue Lupinen —
Gerste 667-676 g/l. 22,50—22,75 blauer Mohn —
Gerste 630-640 g/l. 21,50—21,75 blauer Mohn —
Hafer 45,00—47,00 19,00—19,50 blauer Mohn —

Roggengusszugmehl 0-30% 32,25—32,75 blauer Mohn —

0-65% 30,25—30,75 blauer Mohn —

Roggengussmehl 0-50% 31,75—32,25 blauer Mohn —

0-65% 30,25—30,75 blauer Mohn —

Roggengussmehl 50-65% 23,00—23,50 blauer Mohn —

Roggengussmehl 65-80% 21,25—21,75 blauer Mohn —

Weizenmehl 1A 0-20%, 42,50—43,50 blauer Mohn —

" 0-45% 41,50—4